

PROTOKOLL

*über die 9. , ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr, am Dienstag,
den 18. Dezember 1962, im Rathaus, I. Stock, rückwärts, Gemeinderatsitzungssaal.*

Beginn der Sitzung: 16.30 Uhr

Öffentliche Sitzung

Anwesend:

VORSITZENDER:

Bürgermeister Josef Fellingner

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER:

Direktor Hans Schanovsky

Josef Hochmayr

STADTRÄTE:

Alfred Baumann

Alois Besendorfer

Franz Enge

Karl Gherbetz

Alois Huemer

Ludwig Kubanek

Leopold Petermayr

Prof. Stefan Radinger

Emil Schachinger

GEMEINDERÄTE:

Johann Ebmer

Karl Feuerhuber

Franz Frühauf

Rudolf Fürst

Johann Heigl

Anton Hochgatterer

Franz Hofer

Johann Holzinger

Walter Kienesberger

Konrad Kinzelhofer

Johann Knogler

Friedrich Kohout

Otilie Liebl

August Moser

Stefanie Pammer

Johann Radmoser

Ing. Johann Schinko

Franz Schmidberger

Susanne Tschebaus

Kommerzialrat Ludwig Wabitsch

Rudolf Wagner

Alfred Watzenböck

Leopold Wippersberger

Johann Zöchling

VOM AMTE:

Mag. Dir. Dr. Karl Enzelmüller

Oberamtsrat Ferdinand Mayrhofer

PROTOKOLLFÜHRER:

VOK Alfred Eckl

VB Ilse Schausberger

TAGESORDNUNG

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HANS SCHA - NOVSKY:

- 1) Ha-4914/1962 Genehmigung des Voranschlages 1963
- 2) Präs-487/1962 Bezugsregelung für die Bediensteten der Stadtge -
meinde Steyr
- 3) ÖAG-E-Werk Verkauf der Rechte am Elektrizitätswerk Steyr
277/1961

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER JOSEF HOCHMAYR:

- 4) ÖAG-6821/1962 Ankauf der Liegenschaft EZ 90 KG Jägerberg von
den Ehegatten Ahamer
- 5) Bau 4-5018/1953 Abgeltung für alle aus dem Titel der Errichtung der
Ennstalbrücke gegen die Stadtgemeinde : Steyr ge-
stellten Ansprüche an die Fa. Weidinger

BERICHTERSTATTER STADTRAT ALOIS HUEMER:

- 6) ÖAG-Gaswerk- Bau eines Gasbehälters für das Gaswerk
6263/1962

BERICHTERSTATTER STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

- 7) Ha-7141/1962 Gewährung eines Vorfinanzierungsdarlehens an die
Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr
zur Errichtung des Bauvorhabens E XVII/1 u. 2 in
Steyr, Wokralstraße - Schillerstraße
- 8) Ha-7063/1962 Gewährung eines Darlehens an die Gemeinnützige
Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr zum Ankauf
von 9 Häusern in der Wehrgrabengasse

BERICHTERSTATTER STADTRAT EMIL SCHACHINGER:

- 9) ÖAG-4463/1962 Verkauf der städt. Grundparzellen 733/7 und 733/8
KG Steyr an die Gemeinnützige Wohnungsgesell-
schaft der Stadt Steyr zur Errichtung des Bauvorha-
bens Steinfeld V/1 und 2

- 10) ÖAG- 5234/1962 Ankauf der Liegenschaft EZ 42 KG Gleink von den Ehegatten Klausmayr

BERICHTERSTATTER STADTRAT PROF. STEFAN RADINGER:

- 11) K- 6570/1962 Bau einer Umsetzanlage zwecks Verbesserung der Fernsehempfangsverhältnisse
- 12) Gem-I- 4410/1962 Einführung der Anzeigenabgabeordnung

BERICHTERSTATTER STADTRAT ALFRED BAUMANN:

- 13) F- 4669/1962 Unterstützung von besonders bedürftigen Sozialpensionisten und Kleinrentnern aus Mittel der o. ö. Heimathilfe - Weihnachtssonderzuwendung 1962
- 14) F- 5954/1962 Gewährung einer Dezemberbeihilfe an Fürsorgeunterstützungsempfänger für 1962

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Ich darf Sie zur heutigen Gemeinderatsitzung recht herzlich begrüßen. Die Beschlußfähigkeit ist eindeutig gegeben. Die Obliegenheiten der Protokollprüfer werden den Herren Gemeinderäten Fürst und Ebner übertragen. Ich bitte Sie, diese Funktion anzunehmen.

Bevor wir in die Tagesordnung eingehen, will ich Ihnen noch eine Mitteilung machen. Ein Mitglied des Gemeinderates erhielt eine Auszeichnung und zwar wurde unserem Kollegen Radmoser das goldene Ehrenzeichen der Republik Österreich verliehen.

(Allgemeiner Applaus)

In die Tagesordnung eingehend, bitte ich Herrn Kollegen Schanovsky, den Voranschlag zum Vortrag zu bringen!

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HANS

SCHANOVSKY:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wieder ist der Tag gekommen, an dem wir den Voranschlag unserer Stadt für das kommende Jahr 1963 zu beraten und darüber Beschluß zu fassen haben.

(Bürgermeister - Stellvertreter Hans Schanovsky trägt Auszüge aus dem Vorbericht zum Voranschlag 1963, BEILAGE A, vor und gibt dazu folgende Erläuterungen):

So wie in den vergangenen Jahren, wurde auch diesmal der Voranschlag von der Einnahmenseite her erstellt. Es soll damit zum Ausdruck gebracht werden, daß nach wie vor von dem Grundsatz nicht abgegangen werden soll, nicht mehr auszugeben als eingenommen wird. Dieser Standpunkt ist gesund und diese finanzielle Gesundheit wollen wir erhalten. Denn zu keiner Zeit ist Sparsamkeit nachteilig! Erst im abgelaufenen Jahr hat sich erwiesen, wie wertvoll eine ausreichende Liquidität ist, denn es konnte ohne Schulden und ohne das Budget

zu belasten, der Ankauf der Resthofgründe erfolgen, eine Leistung über die wir glücklich sein können. Von solchen Leistungsgedanken bestärkt, soll man immer wieder bei der Erstellung des Voranschlages beseelt sein. In diesem Sinne ist auch der Voranschlag 1963 erstellt worden.

Dazu war im Laufe der letzten Wochen bevor noch der Voranschlag fertig war, die Notwendigkeit gegeben, eine Bezugsregelung in Erwägung zu ziehen, die Sie heute auch noch beschließen müssen, wofür 1,5 Mill. Schilling als Verstärkungsmittel vorzusehen waren.

Zusammenfassend muß festgestellt werden, daß die Finanzlage der Stadt noch gefestigt ist, daß wir aber trotz der Ausgeglichenheit nicht in der Lage sind, allen Erfordernissen zu entsprechen. Leider mußten eine Reihe von beachtlichen Wünschen zurückgestellt werden, weil sie im Rahmen dieses Voranschlages keinen Platz mehr finden konnten. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß diesen zurückgestellten Vorhaben die Notwendigkeit abgesprochen wird. Sicherlich gibt es auf den kommunalen, insbesondere sozialen und kulturellen Gebieten noch eine Reihe von notwendigen Ausgaben, die zu erfüllen wären, aber noch aufgeschoben werden müssen. Der zunehmende Straßenverkehr beansprucht viele finanzielle Mittel, die anderweitig wieder abgehen. Unsere Hauptsorge ist noch immer der Wohnbau, um welche Aufgabe wir mit allen Kräften und Anstrengungen bemüht bleiben sollen, denn die Wohnungsnot ist noch immer sehr groß. Schon zeichnet sich in der Wirtschaft die Tendenz ab, daß bei bestimmten Zweigen eine Stagnation zu beobachten ist, von der gerade auch wir betroffen werden. Wenn wir dies einmal erkennen, so müssen wir umso mehr vorsichtig sein. So bedeutungsvoll und wichtig die Integrations-

bestrebungen für unseren Staat sind, wird die Assoziation mit der EWG große Schwierigkeiten mit sich bringen, die auch der Gemeindevertretung hart zusetzen werden. Dieser Umstand muß uns daher immer wachsam halten. Ich habe noch allen Mitarbeitern an diesem Voranschlag zu danken und die Bitte an alle verantwortungsvollen Dienststellen zu richten, für eine rentable Wirtschaftlichkeit und ordnungsmäßige Abwicklung der Gebarung zu wachen.

Sehr geschätzter Gemeinderat!

Wollen Sie auch im kommenden Jahr die bisher so gedeihliche Zusammenarbeit, die sich so zweckmäßig und überaus wertvoll auswirkte, im Interesse unserer Bevölkerung, die uns dazu berufen hat, ausüben, damit wir für unsere schöne alte Eisenstadt weitere lobenswerte Leistungen mit guten Erfolgen vollbringen können.

In diesem Sinne stellt Ihnen der Finanz- und Rechtsausschuß folgenden Antrag, den ich Ihnen zur Annahme empfehle.

1) Ha-4914/1962

Genehmigung des Voranschlages 1963.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1963 wird im ordentlichen Haushalt in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen mit je

	<u>S 79 073 400,--</u>
der außerordentliche	
Haushalt in den Ein-	
nahmen mit	<u>S 28 247 200,--</u>
in den Ausgaben mit	<u>S 35 915 000,--</u>
folglich mit einem	
Abgang von	<u>S 7 667 800,--</u>
festgestellt, im einzelnen mit den Beträgen, die in den vorliegenden Einzelvoranschlägen ausgewiesen sind.	

Der außerordentliche Haushalt ist nur in dem Maße durchzuführen,

als eine Bedeckung gegeben ist bzw. durch Einsparungen oder Mehreinnahmen gefunden wird.

Als gegenseitig deckungsfähig werden die mit den Sammelnachweisen zu verrechnenden Ausgaben erklärt, ferner die Ausgaben des Städt. Wirtschaftshofes in dessen unbeschränkter Anordnungsbefugnis, in gleicher Weise die Ausgaben des Altersheimes und schließlich die Ausgaben für Berufsschulen.

Für die Ausführung des Voranschlags gelten die Bestimmungen der Dienstvorschrift Zl. 5209/48 in der anliegenden Fassung.

Weiters werden genehmigt:

Der Wirtschaftsplan der Städt. Unternehmungen, im Erfolgsplan in den Aufwendungen und Erträgen ausgeglichen mit je S 8 852 500,-- und im Finanzplan in den Erfordernissen und der Bedeckung ausgeglichen mit je S 3 321 000,--; der Voranschlag der Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Steyr in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen mit je S 477 000,--; die Voranschläge der Stiftungen und der Dienstpostenplan.

Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden im gleichen Ausmaß wie im Jahre 1962 erhoben. Die Hebesätze betragen:

Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe	400 v. H.
Grundsteuer B für andere Grundstücke	420 v. H.
Gewerbsteuer nach dem Gewerbeertrag und Gewerbekapital	180 v. H.
Lohnsummensteuer (2 % der Lohnsumme)	1000 v. H.

Ich bitte Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Ich danke Herrn Kollegen Schanovsky für diesen Vortrag. Wünscht hier noch jemand das Wort? Bitte Herr Kollege Watzenböck!

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf kurz jene Sätze zitieren, die ich zum gleichen Anlaß im Vorjahr meinen damaligen Ausführungen voransetzte: Den Budgetrahmen zu erweitern, hieße mehr oder höhere Steuern schaffen; kleiner Rahmen bedeutet Wegfall von wünschenswerten Vorhaben. Es gehe also im wesentlichen um die Verteilung der Mittel. Nun gibt es aber doch Möglichkeiten, den Umfang des Haushaltes zu erweitern, ohne Erhöhung der bestehenden Steuersätze oder Schaffung neuer Steuern, jedenfalls auf längere Sicht gesehen. Der Herr Finanzreferent bemerkte in der Finanz- und Rechtsausschußsitzung, daß die Gemeinde in gewerbesteuerlicher Hinsicht von den Steyrer Werken lebe. So gesagt, halte ich das nicht für ganz richtig. Wohl erbringen die Steyrer Werke den Löwenanteil an Gewerbe- und Lohnsummensteuer, doch kommen ganz erhebliche Beträge von den Klein- und Mittelbetrieben, der Industrie und des Gewerbes. Die Gewerbebesteuereingänge sind nun rückläufig und es erhebt sich die Frage, nach eventueller Abhilfe oder Nachhilfe. Die Gewerbebesteuer ist bekanntlich an die Ertragslage, an den Gewinn der Betriebe gebunden. Die Ertragslage wieder hängt eng mit der Entfaltungsmöglichkeit der Betriebe zusammen und hier sehen wir Möglichkeiten, diese Entfaltung zu begünstigen. Vorallem wäre seitens der Gemeinde alles zu tun, um den ent-

wicklungsfähigen Betrieben Grundstücke für Vergrößerungsbauten und Neubauten beizustellen, bzw. bei deren Beschaffung behilflich zu sein. Voran durch Schaffung von Industrie und Gewerbebezonen. Viele Betriebe, besonders Erzeugungsbetriebe haben mit größten räumlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, die der Ausdehnung und Modernisierung entgegen stehen. Mitglieder des Bauausschusses vor allem, haben mit diesen Dingen immer wieder zu tun. Man kommt dabei sehr oft in die peinliche Lage, den baupolizeilichen Vorschriften zu entsprechen und damit gleichzeitig der Vergrößerung oder dem Neubau einer Betriebsanlage die Zustimmung zu verweigern. Gerade in letzter Zeit hatte sich der Bauausschuß mehrmals mit solchen Fällen zu befassen. In dem einen Fall kann der Errichtung einer Anlage nicht zugestimmt werden, weil dem die bauliche Umgebung entgegen steht, in dem anderen Fall muß die dringende Erweiterung der Konsens verweigert werden, weil dem die vorgeschriebene Baudichte entgegen steht. Sie werden zugeben, daß in allen diesen Fällen der Entfaltung ein ganz massiver Riegel durch die an sich gerechtfertigten Bescheide vorgeschoben wird. Mit welchen räumlichen Schwierigkeiten viele Betriebe zu kämpfen haben, geht auch sehr deutlich aus den Akten des Arbeitsinspektorates hervor. Die Vorschriften in dieser Hinsicht sind oft derart zahlreich, daß sie seitens der Gewerbeinhaber auch bei bestem Willen rein baulich nicht erfüllt werden können. Hier müßte die Gemeinde tatkräftig eingreifen, sei es durch die Zurverfügungstellung von geeigneten Räumlichkeiten oder eben von Industriegründen. Schließlich darf auch nicht übersehen werden, daß besonders Erzeugungsbetriebe ihren Umsatz oft bis zu 99 % außerhalb unserer Stadt tätigen,

die Gelder also von außen - zum Teil auch vom Ausland - in diese Stadt hereingeht werden. Eine weitere Förderungsmöglichkeit liegt in den Bemühungen, Fachkräfte hier zu behalten, durch Lösung der Unterkunftsfrage. Ich kann in diesem Zusammenhang auf einen mir erst in diesen Tagen bekanntgewordenen Fall hinweisen: Ein ansehnlicher Mittelbetrieb läuft Gefahr, einen tüchtigen Werkzeugmacher zu verlieren, weil es in 4 Jahren noch nicht gelungen ist, diesem Mann eine entsprechende Wohnung zu beschaffen. Nicht nur dieser Betrieb wird in diesem Falle den Mann verlieren, sondern die Stadt selbst, weil man ihm zum Beispiel in Rottenmann Arbeit und Wohnung anbietet. Bei der Behandlung des an sich schweren Wohnungsproblems möge aber auf diese wirtschaftlichen Belange mehr Rücksicht genommen werden. Überhaupt kann die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben für die Stadt nur günstig sein, da eine breitere Streuung der Arbeitsplätze größere Krisenfestigkeit bietet als zu starke Konzentration in nur einem Betrieb oder einer Branche.

Zum Voranschlag brachte meine Fraktion einen Vorschlag zur Verbesserung der räumlichen Unterbringung der städt. Musikschule ein. Gestatten Sie, daß ich diesen Antrag zur Verlesung bringe:

Die derzeit bekannt ungünstige räumliche Unterbringung der städt. Musikschule, die in der derzeitigen Unterkunft ungünstige Gegebenheiten in heiztechnischer und sanitärer Hinsicht hat, veranlassen die FPÖ-Fraktion zu folgenden Überlegungen: Eine befriedigende Adaptierung des gegenständlichen Hauses auf der Promenade könnte sicherlich nur unter großen Schwierigkeiten und mit unverhältnismäßig hohen Kosten durchgeführt werden. Andererseits steht der

Schloßpark-Pavillon derzeit nicht in entsprechender Verwendung. Wie eine Rücksprache mit dem Leiter der Musikschule ergab, würde dieses Objekt in lagemäßiger Hinsicht ohne Bezug auf Ausmaß den Erfordernissen einer modernen Musikschule entsprechen, bei entsprechendem Umbau natürlich. Da weiters ohnehin eine Verpflichtung für die Stadtgemeinde besteht, dieses Objekt instand zu halten, so stellt die FPÖ-Fraktion folgenden Antrag:

"Der Voranschlag möge dahingehend abgeändert werden, daß der unter Position 921-91 vorgesehene Betrag von 80 000 Schilling bereits zur Planung und Adaptierung des Schloßpark-Pavillons zwecks ehestmöglicher Neuunterbringung der städtischen Musikschule gewidmet erscheint. Weiters möge dieser Betrag auf jene Höhe gebracht werden, die nötig ist, um noch im Frühjahr 1963 mit den baulichen Umgestaltungsarbeiten beginnen zu können. Der zur Aufstockung der Post 921-91 nötige Betrag wäre aus der Post 95-72 durch Verminderung der Zuführungen an den außerordentlichen Haushalt zu beschaffen."

Ergänzend zu dieser Angelegenheit möchte ich noch anregen, die Sache Umsetzstation für das Fernsehen, die ja erst zur Abstimmung kommt und einen Betrag in ganz ansehnlicher Höhe vorsieht, zurückzustellen. Mein Vorschlag wäre, daß dieser Betrag für diesen Zweck hier eingebaut werden möge. Meinetwegen im außerordentlichen Haushalt, lieber wäre es mir allerdings im ordentlichen Haushalt. Das wäre dazu zu sagen.

Bezüglich Sportplatz Rennbahn möchte ich an den Finanzreferenten eine Anfrage richten: Sind die Pläne, die für diesen Sportplatz bestehen, irgendwie geändert worden, das heißt an wen wird dieser Platz abgegeben und zu welchen Bedingungen? Es besteht darüber ein Gemeinderatsbe-

schluß und ich hätte diesen noch gerne erläutert gehört. Darf ich bitten?

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünscht sonst noch jemand das Wort? Darf ich bitten, Herr Stadtrat Gherbetz!

STADTRAT KARL GHERBETZ:

Verehrter Gemeinderat!

Ich hätte hier noch eine Stellungnahme zur Gruppe IV - Fürsorgewesen und Jugendhilfe abzugeben. Sie betrifft unsere städtischen Kindergärten. Wir haben im Voranschlag 1963 gesehen, daß Ausgaben von 2 000 120 Schilling und Einnahmen von 231 000 Schilling vorgesehen sind, somit ein beträchtlicher Abgang. Unsere Fraktion ist der Auffassung, daß solche Einrichtungen keinen Gewinn bringen können und auch keinen Gewinn bringen sollen. Infolge der Ausdehnung unserer Stadt und infolge der Beliebtheit unserer städtischen Kindergärten werden wir wahrscheinlich in absehbarer Zeit daran gehen müssen, weitere Kindergärten zu bauen und wir haben dabei vorallem daran gedacht, daß sich doch die Gemeinde einmal mit den Großbetrieben unserer Stadt in Verbindung setzen soll. Gerade diese Betriebe sind es ja, die provitieren, da ja sie zum größten Teil Frauen in ihren Betrieben beschäftigen und dies nur möglich ist, weil die Frauen ihre Kinder in die städtischen Kindergärten geben. Vielleicht läßt sich hier irgendwie ein Ausweg finden, ansonsten würde nur eine Erhöhung der Kindergartengebühren in Frage kommen.

Zur Gruppe VII - Öffentliche Einrichtungen:

Hier treten wir dafür ein, daß

öffentliche Einrichtungen nicht für parteipolitische Zwecke verwendet werden, auch nicht gegen Entgelt. Wir sind der Meinung, daß es in Steyr genug gewerbetreibende Betriebe gibt, die diese Aufträge gerne entgegen nehmen und wir würden daher ersuchen, künftighin von solchen Fällen Abstand zu nehmen. Ich glaube, Sie wissen ja, was ich sagen wollte. Es waren damals vor der Wahl die Rundschreiben des Herrn Bürgermeisters, welche in der Hausdruckerei gedruckt wurden. Auch die Kuverts wurden hinten bedruckt und die Adrema verwendet. Ich glaube, Sie jetzt hat noch keine Fraktion dieses Recht für sich in Anspruch genommen und es macht dies auch kein gutes Bild. Hier würde ich mich nochmals dafür einsetzen, daß wir solche Dinge schon auswärts drucken lassen. Gerade wo es immer heißt, daß wir in diesem Haus Personalmangel haben, und daß Personalmangel ist, haben wir ja im Wohnungsausschuß gesehen, da wir erst 5 Minuten vor Beginn der Sitzung unsere Listen in die Hand bekommen haben, wobei es geheißen hat, wir sind nicht mehr fertig geworden.

Ich danke.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wer wünscht weiterhin das Wort? Kollege Moser bitte!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:
Sehr geehrter Gemeinderat!

In der Stellungnahme zu dem uns heute unterbreiteten Voranschlag 1963 konnten wir feststellen, daß es immer noch ein Voranschlag der Konjunktur ist. Wenn trotzdem mit geringeren Einnahmen gerechnet wird, so wissen wir, entspringt das der Vorsicht gegenüber der wirtschaftlichen

Situation von Seiten unseres Finanzreferenten. Er hat ja heute wieder bewiesen, wie fast übervorsichtig er in der Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung ist und ich möchte sagen, die Gesamteinstellung des Steyrer Gemeinderates in den abgelaufenen Jahren war die, daß er zwar sparsam zu wirtschaften bereit ist und trotzdem dem Fortschritt dienen will. Ich glaube, das Zeugnis können wir, ohne überheblich zu sein, dem Steyrer Gemeinderat in seiner Gesamtheit aussprechen. Das soll uns natürlich nicht zur Überheblichkeit oder Selbstzufriedenheit verleiten, denn wir wissen, daß eine Reihe von notwendigen und dringlichen Aufgaben, die schon in der Vergangenheit aufgezeigt wurden, nicht bewältigt worden sind.

Von dem Standpunkt der wirtschaftlichen Situation aus gesehen und des Haushaltsvoranschlages, möchte ich sagen, daß nachdem in der abgelaufenen Zeit infolge dieses vorsichtigen Kalkulierens jeder Abgang am Ende des Jahres sozusagen gedeckt erschien, jeder Haushalt, sowohl der außerordentliche als auch der ordentliche ausgeglichen war, uns auch der Abgang von den 7,2 Mill. Schilling nicht schreckt und wir hoffen, daß bei richtiger Wirtschaftsführung am Ende des Jahres auch dieser Abgang wieder gedeckt sein wird, ohne daß die im außerordentlichen Haushalt vorgesehenen Vorhaben nicht durchgeführt werden. Denn wenn das die Absicht wäre, dann ist uns ja mit den Vorhaben, selbst wenn sie im Voranschlag stehen, nicht gedient. Es muß unser Bestreben sein, daß wir die im außerordentlichen Haushalt vorgesehenen Vorhaben durchführen und das soll uns umso mehr Ansporn geben, auf anderer Seite die Einsparungen, besser gesagt, die Mittel irgendwie aufzubringen, um den Abgang decken zu

können.

Zu der am Beginn meiner Ausführungen gemachten Feststellung, die vielleicht etwas sonderbar von Seiten der Opposition klingt, muß ich sagen, daß jedoch ein Teil jener Forderungen, es handelt sich leider um keine großen Vorhaben, die schon Jahre hindurch von uns vorgetragen wurden, weil sie von der Bevölkerung an uns herangebracht worden sind, noch keine Erledigung erfahren haben.

Ich möchte hier daran erinnern, daß im abgelaufenen Jahr bei den Vorschlagsverhandlungen für 1962, mein Freund Gemeinderat Schmidberger einige solcher Wünsche vorgetragen hat unter anderem Weiterführung des Autobusses von der Johannesgasse-Haltestelle bis auf den Stadtplatz, Errichtung einer Telefonzelle in der Stadtrandsiedlung Klein aber Mein usw. Es wurden Einwendungen gemacht, die Enge sei zu schmal um Autobusse durchzuführen usw. Ich möchte daran erinnern, daß jeder Autobus, der zwischen Linz und Steyr verkehrt, durch die Enge fährt und auch Reiseautobusse verkehren. Das könnte und darf also kein Hindernis sein.

Als sehr notwendig scheint mir die Errichtung einer Telefonzelle in der Stadtrandsiedlung, was doch der Gemeinde keine Kosten verursacht. Es bedarf nur einiger energischer Vorstellungen bei der Postverwaltung um das durchzuführen. Die Leute da oben sind ja wirklich, wenn beispielsweise nachts ein Krankheitsfall eintritt, gezwungen, daß sie in die Stadt herunter laufen um einen Arzt zu erreichen usw. Das also sind Dinge, die bei gutem Willen unserer Auffassung nach leicht durchgeführt werden könnten.

Ich verweise gleichzeitig darauf und möchte einige Wünsche und Forderungen, die ich selbst in den ver-

gangenen Jahren vorgebracht habe und die noch immer nicht durchgeführt sind, in Erinnerung bringen. Zum Beispiel - ich weiß, was mir jetzt vielleicht durch Zwischenrufe geantwortet werden wird - das Wartehäuschen am Plenkelberg. Ich habe mich der Mühe unterzogen und die Protokolle der vergangenen Jahre durchgeblättert und dabei festgestellt, daß wir diese Forderung seit dem Jahre 1955 gestellt haben. Jetzt stehen wir vor dem Jahr 1963 und das Vorhaben ist noch immer nicht durchgeführt. Dazu hat mir interessanter- und lustigerweise der erste Beamte unserer Stadt, Herr Magistratsdirektor, gesagt, "diesmal werden Sie keine Gelegenheit mehr haben über das Plenkelberghüttel zu reden und wenn weiter nichts geschehen ist, wo wird die Grundfeste dazu ausgegraben sein." Ich vermisse leider die Aushebung der Grundfeste, Herr Magistratsdirektor! Es ist immer noch nichts geschehen dabei!

ZWISCHENRUF STADTRAT BAUMANN:

Ausgemessen Gustl!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Ausgemessen bitte, hoffen wir es, daß dies der Fall ist. Ich gebe zu, daß jetzt mehr berechtigte Hoffnung besteht, daß dieses Projekt durchgeführt wird, als dies in den vergangenen Jahren der Fall war. Dieselbe Sache ist - auch hier wird ein Zwischenruf kommen - bezüglich der Verbreiterung der Straßen gegenüber dem Wasserwerk der Steyrwerke, Pumpwerk Haratzmüllerstraße. Ich weiß, daß auf Grund, sagen wir, der sehr energischen Vorhaltungen in der letzten Gemeinderatsitzung, endlich einmal Schritte unternommen wurden,

um die Sache dort in die Tat umzusetzen. Soviel mir bekannt ist, sind die Grundkäufe - ich lasse mich belehren, wenn dies nicht der Fall sein sollte - von den Anrainern durchgeführt worden, die also den Weg freimachen sollen, um die Straße verbreitern respektive einen Fußsteig dort errichten zu können. Aber schauen Sie, wir sind mißtrauisch auf Grund der Erfahrungen, die wir auch bei Gemeinderatsbeschlüssen schon gemacht haben. Die Grundkäufe sind getätigt und die Sache müßte jetzt dem Bauamt zugeführt werden. In der letzten Bauausschußsitzung habe ich an Herrn Oberbaurat Piffi die Anfrage gestellt, ob die ganze Angelegenheit schon dem Bauamt zugewiesen wurde und dieser hat mir gesagt, es wird in der nächsten Zeit in Angriff genommen werden. Geschehen ist dies aber nicht. Bitte vielleicht hat die Witterung dabei eine Rolle gespielt, aber zwischen Beschluß und Vorarbeiten ist ein weiter Weg und ich nehme an, daß, nachdem schon vorher vom Herrn Bürgermeister einige Male erklärt wurde, daß das Bauamt gegen eine Verbreiterung der Straßenenge dort ist, wenn nicht gleich das ganze große Straßenprojekt durchgeführt werden kann, so ist es möglich, daß sich das Bauamt, weil es immer dagegen war, auch diesmal Zeit läßt und wieder viele Wochen verstreichen. Gerade der gefährliche Winter macht dieses Projekt dringend. Ich habe letztes Mal ausgeführt, daß es ja um die Gesundheit vieler Menschen geht, weil dies dort ja wirklich eine Menschenfalle darstellt. Deshalb bringe ich dies noch einmal vor, weil ich mich mit dem Beschluß und den Grundkäufen allein nicht zufrieden gebe und ersuche auch hier das Präsidium, wirklich auch das Bauamt auf die Zehen zu treten, damit die Sache tatsächlich auch zur Durchführung kommt. Es könnte gerade in diesen

zwei Fragen - wir haben mehrere Wünsche vorgebracht - aber diese hebe ich in den Vordergrund, weil diese beiden Fragen seit 7 Jahren wie gesagt von uns betrieben werden. Man könnte fast zur Annahme verleitet werden, daß justament, weil diese Wünsche von unserer Fraktion gestellt wurden, nicht durchgeführt werden. Meine Herren, uns tut man damit nichts zu Fleiß. Wir haben uns hier zum Sprachrohr der Bevölkerung gemacht und deshalb wird die Folge des Nichtdurchführens sein, daß man draußen schimpft über die Gemeindeverwaltung, indem man sagt, was tut denn die überhaupt? Wozu sitzen sie denn beisammen? Deshalb sage ich noch einmal, daß wir hoffen, daß es diesmal ernst wird mit der Inangriffnahme dieser beiden Projekte, daß sie wirklich durchgeführt werden.

Eine ähnliche Sache. Wir haben heute durch die Ausführungen des Finanzreferenten gehört, daß auch eine Summe eingesetzt ist für die Errichtung von Bedürfnisanstalten. Es wurde zu meinen letzten Forderungen, die ich anlässlich 1962 vorgebracht habe, damals auch gesagt, sie werden zur Kenntnis genommen und notiert. Mit dem Notieren und zur Kenntnisnehmen ist noch gar nichts gemacht. Wir haben gesehen, wir haben als eine der vordringlichsten Stellen damals den Friedhof genannt und wir wissen, daß in Zeiten wie zu Allerheiligen, bei Begräbnissen usw. wirklich die Notwendigkeit bestünde, daß eine Bedürfnisanstalt errichtet wird. Anschließend an meine Forderungen wurde von Vertretern anderer Fraktionen dies bekräftigt und zugleich auch andere Orte wie z. B. Sebekstraße, Münichholz genannt, wo der Markt immer stattfindet usw. Wir sind der Auffassung, daß die Errichtung solcher Anstalten, Warthäuschen usw. keine Riesensummen verschlingen aber dem

Zweck dienen, was wir ja immer wieder zum Ausdruck bringen, der Bevölkerung das Leben zu erleichtern. Dazu sind wir schließlich auch da, soweit diese Erleichterungen Aufgaben der Gemeinde sind. Deshalb habe ich auch betont, daß der außerordentliche Voranschlag, der ja immer aufzeichnet, welche Vorhaben ungefähr in der Gemeinde vorhanden sind und im laufenden Jahr durchgeführt werden sollen, auch durchgeführt wird. Ich weiß schon, auch durch die übergroße Vorsicht unseres Finanzreferenten wird dies immer wieder betont, ich habe das vorige Jahr schon gesagt und wiederhole es heute, daß alle diese Vorhaben nur durchgeführt werden können, wenn die notwendigen Mittel dazu vorhanden sind. Na ja, das ist sehr schön und vom Finanzreferenten eine gewisse Dekkung für sein Gesamtprogramm, aber es ist gleichzeitig auch ein Freibrief, manche Dinge nicht durchführen zu müssen. Bitte es erscheint und es freut uns alle mitsammen immer wieder, wenn wir in keine Schulden hinein geraten. Aber gerade diese kleinen Vorhaben, glaube ich, müßten doch durchgeführt werden und könnten auch auf Grund der finanziellen Lage durchgeführt werden.

Ich möchte zum Kapitel ordentlicher Haushalt noch folgendes erwähnen:

Wir sehen hier, daß die jetzt veranschlagten Mittel, dies wurde betont und ist uns allen bekannt, aus der Haupteinnahme der Gemeinde, der Gewerbesteuer, stammen. Diese Steuer unterliegt stets großen Schwankungen und wir haben sie diesmal seit Jahren besonders niedrig angesetzt, wahrscheinlich unter Berücksichtigung der zitierten wirtschaftlichen Abflachung wie jetzt der schöne Ausdruck heißt. Es wurde mit Vorsicht der nie-

drigere Betrag eingesetzt. Ich erinnere daran, daß diese Gewerbesteuer eine reine Gemeindesteuer ist und daß uns seinerzeit davon der Bund 40 % weggenommen hat, ohne uns den vollen sicheren Ersatz dafür an Ertragsanteilen usw. zu geben. Ich glaube, es wäre an der Zeit, daß die Gemeinde über den Städtebund und der Städtebund in seiner Gesamtheit sich dieser Sache annimmt, denn wenn man die Diskussion, die in den einzelnen Städten und Gemeinden vorgenommen werden, etwas verfolgt, so sehen wir dasselbe Bild, nämlich daß die Gemeinden unter den vom Bund und Land auferlegten Lasten seufzen und daß sie Auswege suchen und prüfen, um ihre Einnahmen zu vergrößern. Nachdem die Gewerbesteuer eine ausgesprochene Gemeindesteuer ist, glaube ich, müßte darum vom Städtebund gekämpft werden, um sie wieder voll zur freien Verfügung der Gemeinden zu sichern.

Es wurde auch schon erwähnt, daß durch den stets steigenden Verkehr, der Gemeinde bezüglich Straßenbau größere Aufgaben erwachsen. Na, wir sehen in Steyr, daß wir uns seit Jahren schon mit Umfahrungsstraßen beschäftigen müssen usw., die natürlich große Mittel erfordern. Ich bin der Meinung, daß diese Mittel kaum aus eigener Kraft der Gemeinde auf die Dauer aufgebracht werden können und daß man neue Wege suchen muß und sozusagen zum größeren Bruder geht, denn man sagt ja, die Gemeinde sei die Zelle des Staates und so sollen wir uns halt an den größeren Bruder, der mehr Einnahmen hat, an den Bund, an seinen Vertreter in diesem Fall, dem Finanzminister, wenden und einen Anteil an der Mineralölsteuer fordern. Die Mineralölsteuer ist eine zweckgebundene Steuer für den Ausbau der Straßen und wenn wir infolge des steigenden Verkehrs

auch mit dem Ausbau dieser Straßen belastet werden, dann glaube ich, hätten die Gemeinden ein Recht darauf, einen Anteil von dieser Mineralölsteuer zu fordern. Das glaube ich mußte geschehen und ich appelliere besonders an den Bürgermeister, der an den Städtebundtagungen teil nimmt, diese Wünsche auch wirklich vorzutragen. Es ist mir hier übrigens eine Entschleßung des Städtebundes in die Hand gekommen, die besagt, daß die Forderungen, die wir seit Jahren auf verschiedenen Gebieten zu Gunsten der Gemeindefinanzen vorbringen, auch eingesehen werden. Von den Vertretern der Gemeinde, wie ich es vorher zitiert habe, wären diesbezügliche Forderungen an den Finanzminister zu stellen. Vielleicht darf ich kurz einige Sätze davon vorlesen:

Der österreichische Städtebund erhob am 26. November 1962 durch seinen Hauptausschuß neuerlich eine Reihe berechtigter Forderungen der Gemeinden. So wird in einer einstimmig angenommenen Resolution als einer der Wünsche der Städte an den neugewählten Nationalrat ausgedrückt, daß die Gemeinden darauf bestehen müssen, daß ihnen der kommende Finanzausgleich die notwendigen Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben sichert. Der Bund müsse die ihm kompetenzmäßig zustehenden Leistungen erbringen ohne sie von Zugeständnissen oder Vorausleistungen der Gemeinden abhängig zu machen. Ungelöst seien auch vor allem die großen Probleme des Bauens und des Wohnens, heißt es in dieser Erklärung des Städtebundes, die im Interesse der Bevölkerung einer ehesten Bereinigung bedürfen. Weitere Forderungen betreffen den Bau von Wohnungen, Regelung der Beschaffung von Grund und Boden, Beseitigung der Mißstände im Wohnungswesen, Neuregelung des Fürsorgerechtes und die Novellierung des Krankenanstaltenge-

setzes, allenfalls in Form eines Anteiles an den zweckgebundenen Zuschlag zur Mineralölsteuer und Hilfe für die kommenden kommunalen Versorgungsbetriebe.

Das ist ein Ausschnitt aus dieser Entschleßung des Städtebundes und ich würde es für nützlich finden, wenn unser Bürgermeister, der an diesen Städtebundtagungen teilnimmt, jeweils darüber berichten würde. Ich erinnere mich daran, daß ich auch in vergangenen Jahren als noch Altbürgermeister Steinbrecher im Präsidium saß, diesbezügliche Forderungen gestellt habe. Zur Antwort wurde mir immer gegeben, "Du darfst nicht glauben, daß wir uns im Städtebund nicht zur Wehr setzen." Bitte, ich glaube, daß das der Fall sein wird, aber wenn wir durch den Bürgermeister von solchen Tagungen unterrichtet werden, so würde dies bestimmt sehr nützlich sein, wenn sich der Gemeinderat in irgendeiner Entschleßung solche Forderungen des Städtebundes zu eigen machen würde. Im Zusammenhang damit möchte ich sagen, daß wir, wie es im Bericht des Finanzreferenten erwähnt wurde, noch nicht wissen, was uns der künftige Finanzausgleich bringen wird. Wenn ich in abgelaufenen Jahren einige Male über den Bereich der Gemeinde hinausgehende Forderungen oder Dinge aufgezeigt habe, die scheinbar mit der Gemeinde nichts zu tun haben, so wurde ich - bitte ich bin nicht wehleidig - von folgenden Zwischenrufen unterbrochen: "Das ist Politik, die nicht hierher in die Gemeinde gehört." Wir sehen jetzt, gerade die Forderungen des Städtebundes und die immer größer werdende Notlage - Notlage gilt nicht für Steyr, wurde mir vor einem Jahr gesagt, sowohl vom Kollegen Enge als auch vom Finanzreferenten - wenn wir eine wohlhabende Stadt sind, so werde ich da noch einige Wünsche und Forderungen zum Ausdruck brin-

gen, die wohlhabende Menschen oder Städte wohl leicht erfüllen können. (Allgemeines Gelächter)

Ich möchte gleich beim Kapitel Bau bleiben. Wir wissen, daß besonders der Wohnungsbau eine der dringlichsten Angelegenheiten ist und daß die Wohnungsnot noch lange nicht erledigt sein wird. Wir haben 8 Millionen dafür im außerordentlichen Haushalt vorgesehen und eine Million für den sozialen Wohnungsbau. Wir sind der Auffassung, daß man den Betrag für Sozialwohnbauten erhöhen müßte. Wir wissen, daß wir für diese Sozialwohnbauten auch Zuschüsse von Seiten des Landes, des Bundes usw. erhalten. Früher waren wir noch in der glücklichen Lage, einen wirklich sozialen Wohnbau durchzuführen, was längst nicht mehr der Fall ist, weil bei den Mieten, die heute erstellt werden, keine Rede mehr davon sein kann, daß sozial schwächere sie noch bezahlen können. Der Quadratmeter geht über 6,-, 7,- und 8,- Schilling hinaus, während man aber beim sozialen Wohnungsbau mit ungefähr 3,- Schilling pro Quadratmeter rechnen kann. Ich bin also der Auffassung, nachdem der vorliegende Haushaltsplan ja kein Fetisch ist, den wir anbeten und abänderlich ist, je nachdem es die Notwendigkeit erfordert, daß wir hier im Kapitel sozialer Wohnungsbau eine Million mehr einsetzen sollten und wenn uns die Entwicklung zwingen sollte, irgendwo zu sparen, so sollten wir dies nicht im sozialen Wohnungsbau tun. Weil ich schon beim sozialen Wohnungsbau bin, möchte ich hier eine mir etwas komisch vorkommende Sache aufzeigen. Wir haben in verschiedenen Bauten und so auch im sozialen Wohnungsbau Waschmaschinen-Vollautomaten aufgestellt. Gerade auch im sozialen Wohnungsbau, wo eine ärmere Volksschicht wohnt, die ja

im Großen und Ganzen über 1 200,- oder 1 300,- Schilling monatlich nicht verfügt, das ist Voraussetzung, um in einem solchen Wohnhaus einziehen zu können, hat man teure schweizer Automaten eingestellt, die 22 000,- Schilling kosten und auch höhere Stromkosten verursachen. Warum beziehen wir teure Waschautomaten vom Ausland, wenn wir die gleiche Leistungskapazität von österreichischen Maschinen erwarten können, die bedeutend billiger sind, um ca. 14 000 Schilling herum kosten, und bei denen wir ca. 14 bis 15 % Preisnachlaß plus 3 % Kassaskonto erhalten. Ich erinnere mich, es hat vor einigen Wochen in den Steyrwerken eine Vertrauensmännersitzung stattgefunden, die sich mit der Situation des Werkes befaßt hat. Dort wurde auch zum Ausdruck gebracht, daß gewünscht wird - ich halte diese Forderung absolut für richtig - daß alle österreichischen Gemeinden, Ämter und Behörden, soweit sie einen Bedarf an Fahrzeugen haben, nur österreichische Erzeugnisse kaufen, weil durch die schon erwähnte Abflachung der Konjunktur dort und da die Gefahr besteht, daß ein Abbau von Arbeitskräften vorgenommen werden muß. Es wundert mich eigentlich sehr, nachdem auch im Stadtrat und im Gemeinderat Betriebsräte der Steyrwerke sitzen, daß sie denselben Standpunkt bei der Beschaffung der Waschmaschinen nicht eingenommen haben. Wenn wir sozialen Wohnungsbau betreiben, müssen wir immer versuchen, den Menschen das Leben so zu ermöglichen, daß sie mit ihrem Einkommen auskommen können, ohne sich besondere Belastungen auferlegen zu müssen. Ich möchte zu den Wünschen, die ich vorhin gesagt habe, noch folgendes in Erinnerung bringen:

Wir haben die Brücke gebaut, ohne Zweifel eine große Leistung von Seiten der Gemeinde, über die wir uns

alle freuen und wir wissen, daß die Anschlußstraßen vom Bund durchgeführt werden sollen. Was aber nicht vom Bund gemacht werden soll - sollte das doch der Fall sein, so bitte ich, dies mir zu sagen - das sind die anschließenden Fußwege. Ich frage mich wirklich, nachdem wir die Fußsteige gerade im vergangenen Jahr als ein besonders dringendes Kapitel aufgezeigt haben, das in verschiedenen Stadtgebieten geregelt werden soll, warum da noch nichts geschehen ist. Schon im vergangenen Jahr wurde ein erheblicherer Posten für den Straßenbau eingesetzt, doch muß man heute leider noch immer feststellen, daß da noch nichts gemacht wurde. Bei der Brücke zum Beispiel ist im Anschluß daran der Ausbau der Fußsteige ganz schön vorgenommen worden und kaum hundert Meter weiter beginnt ein holpriger Bauernweg, wie man ihn schlechter nicht einmal in Hintertupfing finden kann. Dies sieht geradezu jämmerlich aus. Da sind seinerzeit Kabel gelegt worden - ich habe das damals schon aufgezeigt - und dann wurde schlampig zugeschüttet, vielleicht in der Erwartung, daß durch die Beendigung des Brückenbaues die Terrassierung weiter geführt wird, was nicht geschehen ist. Das geht so bis zum Viadukt, wo man zu den Steyrwerken hinaufgeht. Ist schlechtes Wetter wie jetzt, daß Schnee oder Matsch eintritt, dann kann man dort ja fast nicht gehen und man muß auf der sehr stark frequentierten Straße gehen, wo man sich des Lebens nicht sicher ist. Die paar hundert Meter dort können doch der Gemeinde kein Vermögen kosten und ich bitte hier wirklich, das Bauamt darauf zu verweisen, aus den vorgesehenen Mitteln die Fußsteige beiderseits der Straße zu regulieren. Das Steyrwerk, ich glaube das dürfte zum Steyrwerk gehören, hat es ein Stück über das Viadukt hinaus gemacht.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Der Gemeinde!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Ach so der Gemeinde gehört das. Na warum hat man da die 300 m die dazwischen liegen nicht fertig gemacht? Das ist wirklich eine unverständliche Sache und fordert alle Menschen nicht nur zur Kritik, sondern zum dauernden Schimpfen über die Gemeinde heraus.

Noch eine Sache:

Wir haben - seinerzeit wurde ich da vom Kollegen Hochmayr unterstützt - den Vorschlag zur Errichtung eines Spielplatzes in der Fischhubssiedlung vorgebracht. Zugegeben, daß damals wenig Flächen zur Verfügung standen, um dort einen Spielplatz auszubauen. Inzwischen aber ist die Schottergrube zugeschüttet worden und es ist eine wunderschöne Fläche entstanden, die sich dazu eignen würde. Das wäre ein idealer Spielplatz für beide Siedlungen der Fischhub, sowohl für die obere als auch für die untere. Man könnte dadurch die Kinder wirklich von der Straße wegbringen und die dort Wohnenden zugleich davor schützen, daß ihre Fenster durch Fußbälle eingeschlagen werden, was, wie ich schon des öfteren angeführt habe, die Nachbarn sehr oft entzweit. Ich stelle hier die Anfrage, ob schon etwas geplant oder vorgesehen ist, was dort auf der zugeschütteten Schottergrube errichtet werden soll.

Anschließend an dieses Terrain - ich glaube es ist noch der Fischhubweg - ist eine Leite und stellt Rutschterrain dar, wo selbst das Bauamt schon infolge des Rutschens dieses Terrains doppelte Holzgeländer ziehen hat müssen. Die Straße wird ja immer enger.

Wenn dort dann ein dreifaches Gelände hinkommt, dann können ja nur mehr Motorräder und Fahrräder den Weg passieren. Ich bin also der Auffassung, daß dort wirklich etwas geschehen müßte. Meiner Auffassung nach wird nicht viel anderes möglich sein, als wie ein Verbot für das Befahren dieser Strecke mit Lastwagen zu erlassen oder eine Beschränkung bis 2 oder 3 t, das weiß ich nicht, herauszugeben. Die ständige Erschütterung, durch schwere Fuhrwerke hervorgerufen, bewirkt, daß die Leite dort immer mehr abrutscht. Das bedarf also einer dringenden Erledigung, so wie das seinerzeit unten der Fall war, wo ja zumindest mit der Verschüttung des Kanales usw. jetzt der Anfang gemacht wurde.

Wir haben ein neues Gaswerk bekommen, das ist sehr erfreulich. Abgesehen davon, daß es uns viel Geld kostete, ist für das kommende Jahr wiederum vorgesehen, einen Gasspeicher zu errichten. Bei der Besprechung des neuen Projektes damals wurde aber zugesichert, daß der Gaspreis erheblich gesenkt wird. Wir mußten einige Male durch gewisse Zeit hindurch den Ruf auf uns nehmen, daß Steyr über das teuerste Gas verfügt. Nach Fertigstellung des Werkes wurde dann der Preis gesenkt. Er wurde aber nicht auf jenes Niveau gesenkt, das die Gaspreise vorher gehabt haben. Das Versprechen von damals, vor der Errichtung des Gaswerkes war doch so, daß die damals bestehenden Preise gesenkt werden sollten. Davon sind wir also noch bei weitem entfernt und ich stelle auch die Anfrage an den Referenten, wie das aussieht, ob denn die Steyrer Bevölkerung in dieser Hinsicht nicht durch ein Neujahrgeschenk erfreut werden könnte, indem man mitteilen kann, daß der Gaspreis weiterhin gesenkt werden wird. Hiebei möchte ich feststellen, daß allgemein - ich

gehöre nicht zu den glücklichen Beziehern von Gas, sondern ich höre: es immer nur aus verschiedenen Schichten der Bevölkerung - darüber geklagt wird, daß das Gas, obwohl dies letztlich von Kollegen Huemer bestritten wurde, tatsächlich nicht mehr die Heizkraft haben soll, die es früher gehabt hat. Bitte, ich überlasse das der Beurteilung der Kunden des Gaswerkes und den Fachleuten. Jedenfalls war dies für mich interessant, man hat damals nicht widersprochen, als Kollege Huemer, der Referent für das Gaswerk, erklärt hat, das stimmt nicht, wissenschaftlich nachgewiesen soll der Heizwert ein höherer sein. Die Beschwerden der Kunden aber sagen, daß dieser Heizwert nicht mehr so groß ist, wie er in der Vergangenheit war.

Zum Fürsorgekapitel:

Ich habe mich in der letzten Finanz- und Rechtsausschußsitzung innerlich sehr gefreut, daß ein Ruf, den wir seit Jahren erheben, von Vertretern der Mehrheitspartei aus - ich weiß nicht, ob dies heute noch kommt - ebenfalls vorgetragen wurde. Wenn ich mir manchmal in verschiedenen Fragen als "Rufer in der Wüste" vorgekommen bin, dann habe ich mir gesagt, man muß doch nur die notwendige Beharrlichkeit an den Tag legen, insbesondere wenn man von dem Bewußtsein getragen ist, einer guten Sache zu dienen, so muß man dies immer wieder vorbringen. Da habe ich nun gehört, daß sogar ein Antrag gestellt wurde, die Richtsätze für die Gemeindebüfsorgten zu erhöhen. Ich will heute nicht wiederholen und in irgendwelchen bewegten Worten schildern, daß die armen Teufeln immer noch mit zwar schon etwas verbesserten Fürsorgesätzen, die ja auch ein Ergebnis des ständigen Bohrens sind, leben müssen, muß aber

sagen, wenn sich die allgemeine Erkenntnis auch bei Vertretern der Mehrheitsparteien durchgerungen hat, daß das Fürsorgegesetz wirklich veraltet ist, daß es lange nicht mehr herankommt an das ASVG, dann müssen aber die Vertreter beider Mehrheitsparteien und das ist im Lande die ÖVP und die SPÖ, sich wirklich dazu aufschwingen, eine Änderung des Fürsorgegesetzes herbeizuführen, weil ja die Richtsätze des Fürsorgegesetzes vom Lande aus beschlossen werden. Also bitte, hier nicht schöne Worte. Ja bitte, es wird mir zugeflüstert, ein Landtagsabgeordneter ist sogar da. Ich glaube ja mir gegenüber sitzt er, also ich lege ihm, wenn er auch nicht Mitglied des Gemeinderates ist, doch warm ans Herz, diese Angelegenheiten nicht zu vergessen und im Verein mit anderen Mitgliedern des Landtages die Sache zu unterstützen. Es hätte nämlich keinen Sinn - ich will kein hartes Wort gebrauchen, weil wir ja im Steyrer Gemeinderat im Großen und Ganzen, wie immer gesagt wurde, ohne ein Jota politischer Überzeugung preiszugeben, im Interesse der Gemeinde zusammenarbeiten. Es hätte wirklich keinen Sinn, wenn sich Vertreter der Mehrheitspartei hier Bälle zuspielen oder weiß ich, da ist der fescbe Kerl, wir sind eh dafür und ihre Vertreter, ihre Abgeordneten, im Lande ein anderes Spiel treiben. Ich möchte also da allen Gemeinderäten die Verbindung haben und ihre Abgeordneten dort sitzen haben, sagen, übt den schärfsten Druck auf Eure Vertreter aus, um das Fürsorgegesetz wirklich einer modernen Gestaltung zuzuführen.

Nachdem Steyr eine wohlhabende Stadt ist und wir nicht nur kleine Wünsche haben, wie einen Fußsteig zu verbessern usw. so möchte ich darauf hinweisen - ich habe letztes Mal schon davon gesprochen - daß man sich einen

Perspektivplan zurecht legen müßte, selbst wenn der Finanzreferent heute gesagt hat, na gut, es gibt natürlich Projekte von denen uns schon bekannt ist, daß sie durchgeführt werden sollen, aber es fehlt uns an den notwendigen Mitteln. Ich erinnere daran, daß wir gerade im Jahr der Jugend - ich möchte dies in Erinnerung bringen - eine geschlossene Schwimmhalle errichten sollen. Es ist der Wunsch der Jugend, nicht nur, sagen wir, besuchsweise hier auf diesen schönen Sesseln zu sitzen, wo ihnen vordemonstriert wird, wie eine Gemeinderatsitzung durchgeführt wird. Ich glaube, man sollte zweckentsprechend etwas schaffen, von dem die Jugend sagen könnte, unser Gemeinderat macht wirklich etwas. Jetzt hat er uns das schöne Freibad gebaut und jetzt können wir auch im Winter schwimmen gehen, denn es wurde eine Halle errichtet.

Es wurde auch schon öfters gesprochen von einer Mehrzweckhalle. Na ja, das ist sicher, für Steyr wäre es kein Luxus, wenn eine Mehrzweckhalle errichtet würde, die verschiedenen Veranstaltungen dienen könnte. Dabei müssen wir sagen, daß beispielsweise Enns eine Stadthalle hat und auch noch viel weniger finanzkräftige Gemeinden usw. darüber verfügen, sodaß wir uns hier nicht verstecken sollten.

Herr Watzenböck hat hier eine Sache vorgetragen und es ist mir ganz egal, das möchte ich ganz offen sagen, von welcher Fraktion ein Wunsch kommt, die ich unterstreiche. Er hat als erster Sprecher sie vorweggenommen. Ich meine damit, wir haben in Steyr schon Abwanderungen von Betrieben gehabt, Brown-Boveri beispielsweise ist weg, wodurch wir einen Verlust von 300 Arbeitsplätzen erlitten. Steyr sollte sich wirklich bemühen, durch Beistellung von Baugründen oder durch die Gewährung sonstiger Begün-

stigungen, daß sich auch andere Industrien oder Gewerbebetriebe wieder ansiedeln können und wir nicht allein auf die Steyr-Werke - die in Steyr Fluch und Segen sind - angewiesen sind. Es geht auch die Mär unter dem Volk, daß das Steyrwerk es nicht gern sieht, wenn sich hier andere Industrien ansiedeln wollen. Bitte, ich weiß nicht wie weit das stimmt. Besonders wenn dies ein branchenfremder Betrieb ist, glaube ich, könnten doch die Vertreter der Steyrwerke nichts dagegen einzuwenden haben. Der Gemeinde würde das weitere Einnahmen sichern und beim Abflauen der Konjunktur in einem Einzelbetrieb andererseits Arbeitsplätze schaffen. Deshalb glaube ich, soll dies wirklich von der Gemeinde im Auge behalten und gelegentlich alles getan werden, um diese Sache zu forcieren und zu fördern.

Ich hätte noch einige Fragen zu stellen bezüglich des außerordentlichen Haushaltes.

Ich sehe hier eine Post Rundfunk - Errichtung einer lokalen Fernsehumsatzstation - Gemeindegemeinschaft.

Das Kapitel hat schon eine Diskussion im Finanz- und Rechtsausschuß hervorgerufen und war diesbezüglich eine sehr geteilte Meinung, ob die Gemeinde dies durchführen soll. Ich möchte jetzt dezidiert noch einmal die Frage stellen, damit keine mißverständliche Auffassung besteht. Diese 400 000 Schilling, die hier vorgesehen sind, sollen aus Mitteln der Gemeinde gegeben werden, ja?

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HANS SCHANOVSKY:

Ja!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:
Ohne daß sie späterhin abge-

löst werden, nicht wahr?

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HANS SCHANOVSKY:

Ja ohne!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Ja gut, das wollte ich also festgestellt haben. Also das Um und Auf der Errichtung dieser Umsatzstation ist doch, daß ein Teil der Steyrer Fernseher einen schlechten Empfang hat, daß sie unklare Bilder bekommen. Das soll nun durch die Errichtung einer Umsatzstation verbessert werden. In der Diskussion beim Finanzausschuß sind meiner Ansicht nach sehr richtige Argumente vorgebracht worden von den Vertretern verschiedener Fraktionen. - Rundfunkgesellschaft, Fernsehgesellschaft sind private Gesellschaften. Sie wurden mit Kaufleuten oder Firmen verglichen, die verpflichtet sind, ihre Ware ungeschmälert und einspruchsfrei sozusagen den Kunden zuzustellen. Auch die Fernsehempfänger sind Kunden, die ihren Beitrag leisten müssen usw. Angebracht hat, wie schon zitiert wurde, diese Gesellschaft auch hohe Einnahmen, da sie für Reklamesendungen, damals wurde von 800 Schilling pro Sekunde gesprochen, Gebühren einhebt. Ich habe späterhin erfahren, daß es 1 000 Schilling pro Sekunde sind und es fragt sich wirklich bei den vielen Bedürfnissen, die die Gemeinde noch hat, ob wir den Betrag von 400 000 Schilling nicht richtiger und nützlicher für den Ausbau der Kindergärten usw. verwenden können. Es ist ja zu keiner Beschlußfassung gekommen, aber wir haben uns ja auch beraten in unserer Fraktion und mit unseren Freunden, die, und zwar nicht zu unrecht sagten, daß die Fernsehsendungen nicht gerade jenes Kulturniveau haben, das man heute bean-

spruchen könnte. Mit Recht wurde gesagt, wir haben zur Freude aller im vergangenen Jahr auch schon einen langjährigen Wunsch erfüllt, das heißt, die städtische Bücherei errichtet. Ich will kein Plagiat begehen, ich habe nicht diese Argumente vorgebracht. Das war ein Kollege einer anderen Fraktion, aber ich habe schon vorher gesagt, wenn ich finde, daß jemand etwas vorbringt im Interesse der Gemeinde oder der Bevölkerung, so scheue ich mich nicht, das zu unterstützen. Es wurden auch noch von unserer Seite verschiedene Argumente gebracht, ich erinnere mich, daß gerade in dieser Gesellschaft überdotiert hohe Gehälter bestehen, daß man Abfertigungen für Direktoren gegeben hat, die in die Millionen gegangen sind. Ob wir so eine Gesellschaft durch Gemeindemittel unterstützen sollen, ist eine zweite Frage. Es besteht noch kein Beschluß, soviel ich weiß, aber ich möchte hier die Meinung unserer Fraktion wiedergeben, daß wir glauben, den Betrag von 400 000 Schilling besser verwenden zu können.

Städtische Kindergärten und Horte, Planung, Neu- und Ausbau - 1 500 000 Schilling.

Ich möchte hier die Frage stellen, sind hier Neubauten von Kindergärten gedacht oder nur der Ausbau und die Ausstattung von bestehenden Kindergärten?

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Neubauten!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Ja bitte, wenn das der Fall ist, ich meine selbstverständlich stimmen wir auch den Ausgaben für Verbesse-

rungen zu, aber es war für uns interessant zu wissen, ob tatsächlich der Neubau und die Errichtung von Kindergärten und Horten geplant ist. Der Bedarf hiezu ist ohne Zweifel vorhanden.

Dann möchte ich noch eine Anfrage stellen bezüglich des Baues des Hauses Stadtplatz Nr. 25, das ist der angrenzende Bau. Wir möchten wissen, wieviel bisher von der Oberbank als Bauzuschuß gegeben wurde und ob überhaupt schon etwas gegeben wurde? Es wurde uns zugesichert, daß wir, glaube ich, 5 Millionen oder so etwas als Bauzuschuß zu einem niedrigeren Zinsfuß erhalten werden und ich möchte fragen, sind die bisherigen Baukosten laufend aus Gemeindemitteln bezahlt worden oder sind hier schon Mittel von Seite der Oberbank gegeben worden?

Es heißt ja hier - Bank für Oberösterreich und Salzburg, Ersatz von Baukosten aus der gemeinsamen Bauführung, Stadtplatz 25, Rest S 500 000. Ist das der Rest der Summe, die uns die Bank zugesichert hat oder ist das der Rest einer Reihe von Raten, die aus Gemeindegeldern gegeben worden sind? Darüber möchte ich um Aufklärung bitten.

Das sind im wesentlichen die Wünsche, die wir zum Ausdruck bringen wollten. Meine Fraktion stimmt dem Voranschlag 1963 zu mit Ausnahme des Kapitels das Sie alle kennen - ich will mich heute nicht verbreitern darüber - den Polizeibeitrag; es sind dies 2 Millionen. Das Warum kennen Sie auch, ich habe das wiederholt begründet. Vorsichtshalber möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen, daß die Verweigerung des Polizeibeitrages von unserer Fraktion mit der Einstellung zur Beamtenschaft oder Mannschaft der Polizei nichts zu tun hat, sondern wir sind der Auf-

fassung, daß jeder Arbeitgeber seine Angestellten selbst zu bezahlen hat. Das möchte ich festgestellt haben, um hier keinen Irrtum aufkommen zu lassen.

Daß die Finanzpolitik der Gemeinde sehr eng mit der Staatspolitik zusammenhängt, habe ich ja schon wiederholt gesagt. Ich mußte mir bei der letzten Budgetdebatte sagen lassen, was hat das mit uns in der Gemeinde stube zu tun. Ich erwähnte dies deshalb, weil es ja heute auch der Finanzreferent aufgezeigt hat. Erfreulicherweise drängt uns die Entwicklung immer mehr dahin, nicht nur die Enge unseres Gemeindegebietes zu sehen, sondern darüber hinaus Entwicklungen festzustellen, die auch Einfluß auf unsere Finanzgebarung und auf unsere Wirkungsmöglichkeit haben. Das ist nur erfreulich und deshalb glaube ich, daß es zu begrüßen ist, wenn auch heute von anderen Fraktionen nicht nur die Entwicklung in Steyr gesehen wird, sondern daß wir sie im Zusammenhang mit anderen Entwicklungen sehen, die in Österreich und außer Österreich vor sich gehen, die uns aber in ihre Entwicklung mit hineinziehen. Wir hoffen, daß die Einstellung zur Neutralität Österreichs in den Regierungsparteien so stark verankert ist, daß sie sich bewußt sind, - dies wurde gerade von Vizekanzler Pittermann, Außenminister Kreisky und von einer Reihe anderer Leute im Wahlkampf wieder: sehr stark unterstrichen - daß es uns deshalb nicht möglich ist, uns der EWG anzuschließen. Man nennt das mit einem anderen Wort Assoziation, das heißt auch Zusammenschluß in irgend einer Form. Wir kennen die Schwierigkeiten, die es für die neutralen Staaten gibt und wir sind der Auffassung, man dürfe sich nicht abkapseln vom Westen, das ist klar, aber man soll auch andere Absatzmärkte suchen. Die

EWG wird eines mit sich bringen und zwar eine verschärfte Konkurrenz, die auch die österreichischen Produzenten zwingen wird, billiger zu produzieren. Ich möchte darauf verweisen, daß wir uns in der Arbeiterkammer vor Jahren sehr eingehend mit dem Kapitel Liberalisierung beschäftigt haben. Dort wurde uns hoch und heilig von Fachleuten und Juristen der Kammer versichert, daß die Liberalisierung eine bedeutende Verbilligung aller Waren bringen wird. Wir haben widersprochen und die Entwicklung zeigte uns bis jetzt, daß wir recht hatten. Jeder weiß, daß keine Verbilligung der verschiedenen Waren eingetreten ist, sondern ein ununterbrochener Zug der Verteuerung vor sich gegangen ist. Wir glauben deshalb auch nicht, wenn in irgendwelcher Form ein Übereinkommen mit der EWG geschlossen wird, daß das eine Verbilligung der Waren für die Zukunft bringen wird. Sie wird höchstens Schwierigkeiten bringen für verschiedene Klein- und Mittelbetriebe in der österreichischen Wirtschaft. Für den Konsumenten aber fürchten wir, ich glaube auch mit Recht und das wird sich später dann zeigen, keine Verbesserung der Lage. Deshalb sind wir der Auffassung, daß wer immer Einfluß auf die Entwicklung hat, ihn dazu benützen soll, Österreich vor einem Anschluß an die EWG fernzuhalten. Die EWG braucht Rohstoffe, die in Österreich vorkommen, aber sie braucht keine Kraftfahrzeuge, glaube ich, und da wird gerade Steyr von diesem verschärften Konkurrenzkampf getroffen werden.

Ich möchte also abschließend sagen, daß wir sowohl im ordentlichen als auch im außerordentlichen Haushalt mit jener schon zitierten Ausnahme unsere Zustimmung geben und von der Gemeindevertretung erwarten, beson-

ders vom Herrn Bürgermeister, daß die vorgetragenen Wünsche, es sind dies keine allzu großen, in diesem Jahr der Verwirklichung zugeführt werden.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Als nächster Redner hat sich Herr Vizebürgermeister Hochmayr gemeldet!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER JOSEF HOCHMAYR:

Sehr verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Wie alljährlich ist das Budget von Steyr wahrlich ein Beweis des Fleißes der Bevölkerung, der Tatkraft der Wirtschaftstreibenden und des Könnens der Ingenieure. Es ist ganz gleich wo der Arbeitnehmer steht, mag er geistig oder manuell schaffen. Wenn man bedenkt, daß es ein Haushalt ist, der überwiegend aus Mitteln dieser Stadt aufgebracht wird, dann ist dies wahrlich eine Anerkennung, die ehrlichen Herzens ist, wert. Die ÖVP-Fraktion hat zeitgerecht ihre Wünsche zum Budget bekanntgegeben, die auch berücksichtigt wurden. Sie wissen, es geht auch nicht nur darum, daß man die Wünsche zum Budget allein vorbringt, sondern es gibt das ganze Jahr hindurch Anliegen und Wünsche, die man eben zeitgerecht einbringt, um sie in diesem Rahmen mit verkraften zu können. Ich will mich daher nur auf wenige Punkte beschränken und möchte da gleich, weil mich Herr Kollege Moser daran erinnert hat, bei Post 1 an die Ennsleite erinnern. Wir haben schon im Vorjahr gesagt, daß die Bevölkerungszahl der Ennsleite im steten Wachsen begriffen ist und wir freuen uns, daß auch die künftige Planung von einigen hundert Wohnungen von Statten

gehen kann. Ich glaube jedoch, bei einer so großen Bevölkerungszahl ist auch ein Plätzchen für die Sicherheitspolizei zwingend erforderlich, damit die Sicherheit der Bewohner dieses Stadtteiles gewährleistet ist. Es ist aber auch der Wunsch nach einer Apotheke angeregt worden und ich möchte hier Herrn Kollegen Moser ebenfalls unterstützen. Ich glaube auch, das ist kein unbilliges Verlangen, doch kann dies alles von der Gemeinde allein nicht geschaffen werden. Wir können eben nur Mittler zu diesen Dingen sein.

Ich möchte nun zur Gruppe 4 kommen. Sie wissen, das ist die Fürsorge- und Jugendhilfe. Gerade die Jugendhilfe möchte ich heute besonders betonen. Sie wissen, es gibt Erziehungsanstalten. Die Jugendlichen, die aus diesen Erziehungsanstalten zurückkommen, sind meistens vor die Tatsache gestellt, termingemäß in Arbeit treten zu müssen, das heißt, daß, wenn sie nicht innerhalb von 3 Tagen arbeiten, sie wieder dorthin zurückkommen. Nun ist es wohl das Wesentlichste, wenn man von einer Jugendfürsorge spricht, daß man den Jugendlichen in Zukunft auch behilflich ist, in unseren Betrieben und Anstalten soweit dies möglich ist, einen Arbeitsplatz zu finden. Der Arbeitsplatz soll ja nichts anderes darstellen als die Fortführung der Erziehung, die der Jugendliche auf öffentliche Kosten genossen hat. Es geht ja hier um viel mehr, es geht uns doch darum, daß man den Jugendlichen, der mit 18 Jahren aus irgendeiner Erziehungsanstalt entlassen wird, sind Sie mir nicht böse, wenn ich es offen sage, doch nicht schlechter stellt, als einen Menschen, der seine Strafgefängenschaft absolviert hat. Also bitte, wenn wir wieder einmal Gelegenheit haben uns solcher Fälle anzunehmen,

so würde ich diesbezüglich auch hier an Sie recht herzlich appellieren.

Zur Gruppe VI und VII möchte ich folgendes sagen:

Ich freue mich, daß auch Herr Kollege Moser da schon verschiedene Dinge angeschnitten hat. Wir sind auf diesem Sektor, besonders was die Fischhub betrifft, immer gemeinsam vorgegangen und ich möchte auch für die jetzige Unterstützung wieder danken. Bitte, uns geht es nun um folgendes: Sie haben ja bei der Gruppe VI und VII im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt gesehen, welche großen Vorhaben die Stadtgemeinde hat. Ich erinnere daran, daß die Umgestaltung von Zwischenbrücken erfolgen soll und ich darf Ihnen dazu vielleicht als Baureferent sagen, daß wir ein Modell beantragt haben, damit man sich einen Überblick machen kann, wie weit die Gestaltung möglich ist. Sie wissen auch, daß wir im außerordentlichen Haushalt eine Post für die Neugestaltung vorgesehen haben. Das sind wesentliche Sorgen, die wieder auf den Schultern der Stadt Steyr lasten werden. Wie auch Herr Kollege Moser richtig gesagt hat, haben wir aber leider noch andere Sorgen als den Ausbau der Straßen und Gehsteige. Sie alle haben den Beschluß der Gehsteig- und Straßenregulierung gefaßt. Das Asphaltierungsprogramm konnten wir leider nicht zu Ende führen. Das ist sehr bedauerlich, aber der Früheinbruch des Winters war Schuld daran. Wir müssen für das Asphaltierungsprogramm, Beleuchtungs- und neues Straßenbauprogramm, einmal eine gesonderte Sitzung abhalten. Ich darf da vielleicht sagen, wie es auch Herr Kollege Watzenböck aufgezeigt hat, daß dies noch einige Schwierigkeiten bereiten wird. Meine sehr Verehrten, wir werden uns bemühen müssen, in absehbarer Zeit einen Flächenwidmungsplan zu beschließen, der eben das bewerkstelligen soll, was

hier von den beiden Sprechern der Fraktionen aufgezeigt wurde. Also ich glaube, das kommende Jahr wird uns auch mit diesem Kapitel befaßt wissen. Wir haben auch die Post Denkmalpflege erhöht, was ja auch der Finanzreferent angeschnitten hat. Sie wissen alle, daß man sich in Steyr ernstlich mit der Schaffung eines Kriegerdenkmales befaßt und es wurde ein Ausschuß gebildet, was Ihnen ja allen bekannt ist. Aus diesem Grunde wurde die Budgetpost vorsichtshalber schon etwas erhöht.

Um die leidigen Fälle der Bedürfnisanstalten werden wir uns weiterhin bemühen.

Zur Friedhofsangelegenheit darf ich Ihnen sagen, daß wir uns ebenfalls bemühen werden, einen Abkürzungsweg zum Friedhof zu schaffen, damit die vom Tabor Kommenden nicht um die ganze Leichenhalle gehen müssen, wenn sie zu einem Gräberbesuch kommen. Es ist sehr wichtig, daß diese Probleme gerade im Zuge der Budgetberatung wieder in Erinnerung gerufen und aufgezeigt werden.

Zum Fischhubweg darf ich folgendes sagen:

Hier hat uns die Witterung auch sehr böse mitgespielt. Das Plateau der Fischhub, Herr Kollege Moser, soll gerade geböscht werden. Wenn die Böschung beendet ist, wird planiert und dann steht der Schaffung eines Kinderspielfeldes nichts mehr im Wege. Wir sind ja selbst daran interessiert, denn wir können feststellen, daß in der Fischhub immer mehr Jugend heranwächst und diese braucht wahrlich ein Betätigungsfeld. Auch die Sanierung des unteren Fischhubweges ist wahrlich eine dringende Notwendigkeit. Sie ist aber noch viel kostspieliger als die des oberen Teiles. Vielleicht kann man beim Braunsberger etwas Erreich abschürfen und hier bereits etwas ausgleichen. Herr Kollege Moser, das wird ein eigenes Pro-

gramm für die Fischhub sein.

Förderung der Betriebe und Mehrzweckhalle!

Die Förderung der Betriebe könnte in diesem Sinn durch die Schaffung von Industriezonen getätigt werden, was ich ja bereits aufgezeigt habe. Ich freue mich auch, daß die Mehrzweckhalle bei Herrn Kollegen Moser Unterstützung gefunden hat. Sie wird im Laufe der Zeit bestimmt auch in Steyr geschaffen werden müssen. Bei den ganzen Bausorgen, die sie meine sehr Verehrten aufgezeigt haben, sehen wir, daß ein wesentlicher Personalmangel im Bauamt dazu Anlaß gibt, daß vielleicht die Bauten nicht so vorangetrieben werden konnten wie es sein sollte und wie man gerne möchte. Eines dieser Hemmnisse ist vielleicht auch die Wiederbesetzung der Planstelle eines Stadtbaudirektors, die ja seit der Pensionierung des Herrn Senatsrates Wiesner verwaist ist. Ich glaube auch, daß wir uns mit diesem Problem in absehbarer Zeit befassen werden müssen.

Zum Dienstpostenplan:

Unsere Fraktion ist der Meinung, daß man im Hinblick auf die wahrscheinlich im Jahre 1963 für den öffentlichen Dienst eintretenden Verbesserungen, den Dienstpostenplan einer Prüfung hinsichtlich der Wertung der Dienstposten unterziehen muß. Auf die Rechte der weiblichen Bediensteten wie sie im Bundesdienst üblich sind, ich verweise da auf die Ausscheidung nach Verheirathung und nach der Geburt eines Kindes, möchte ich besonders hinweisen und dabei betonen, daß Magistratsbedienstete in diesem Punkt nicht schlechter gestellt werden sollen.

Zur Personalangelegenheit noch folgendes:

Der Hinweis der Fraktion geht dahin, daß wir auf die Beachtung des

Gemeinde-Statutar-Beamtengesetzes durch alle Bediensteten des Magistrates drängen müssen. Sie wissen, es kann nicht angehen, daß sich der eine daran halten muß, der andere aber sich doch nicht daran hält. Es wäre eine ungleiche Behandlung des Personals und das wollen wir doch alle nicht.

Nun, das wären die Stellungnahmen meiner Fraktion zum Haushalt, dem die ÖVP ihre Zustimmung gibt.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Herr Kollege Enge bitte!

STADTRAT FRANZ ENGE:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Ich möchte nur einige Dinge herausgreifen. Die Diskussion, die von allen Fraktionen geführt wurde, hat ergeben, daß eine Kritik am Voranschlag, den uns der Finanzreferent vorgelegt hat, nicht stattgefunden hat, das heißt, daß der Voranschlag die wesentlichsten Wünsche im Rahmen unserer Möglichkeiten beinhaltet. Man könnte die heutige Gemeinderatsitzung fast als die Voranschlagsitzung der kleinen Wünsche bezeichnen und in diesen Reigen möchte ich mich absolut einfügen. Herr Kollege Moser hat zum Unterschied von vergangenen Jahren heuer absolut die Probleme der Stadt in den Vordergrund gestellt und lauter Verlangen und Wünsche vorgebracht, die ja seit Jahren Wünsche aller Gemeinderäte sind. Es wäre fast wünschenswert, ein neuer Gedanke bitte, wenn man in einer Gemeinde dafür ein eigenes Referat schaffen würde, damit diese kleinen Wünsche, die aber für die Menschen draußen sehr viel bedeuten, zusammengefaßt und einer Verwirklichung zugeführt werden könnten. Das passiert in jeder Fraktion, daß immer

die kleinen Wünsche besonders in den Vordergrund gestellt werden. Scheinbar sind auch die kleinen Wünsche am schwersten zu erfüllen. Kollege Moser hat über den Finanzausgleich gesprochen und dabei den Kampf der Gemeinden im Städtebund, mit dem Finanzminister um mehr Mittel angeführt. Er hat dabei die Worte zitiert: "Es wendet sich der kleine Bruder an den größeren Bruder". Nun sehr verehrte Freunde, dieser Kampf der kleinen Stellen oder der kleinen Gemeinden mit den übergeordneten, der ist glaube ich so alt, als es überhaupt organisierte Gemeinwesen gibt. Aber unsere Stadt Steyr ist gerade auf diesem Gebiet so geschichtlich reich. Ich denke da daran, wie sie mit ihren Landesherren in Zwist gelegen ist wegen irgendwelcher Abgaben. Also diese Auseinandersetzung zwischen Gemeinden und Land, zwischen Gemeinden, Land und Bund ist uralt und wird wahrscheinlich nie aufhören. Das Begehren, das wir als kleinstes Gemeinwesen an den Nächsten stellen, ist, glaube ich, selbstverständlich und liegt in der Natur der Dinge. Der Kampf, lieber Kollege Moser, der findet auch statt. Wenn Finanzausgleichsverhandlungen sind, so ist das praktisch genommen ein Kampf wo einer dem anderen etwas abzwacken will.

Du hast dann vom Sozialwohnungsbau gesprochen und dabei angeführt, daß es nicht recht zusammenreimbar sei, daß man in diesen Häusern verhältnismäßig billige Zinse und Mieten bieten will und dabei dann die teuren Waschmaschinen hineinstellt.

Darf ich dazu etwas, man muß fast sagen, grundsätzliches feststellen: Der Waschmaschinenstreit geistert in unserer Gemeinde schon so lange herum, solange man Wohnungen baut und in diese Wohnungen Waschmaschinen stellt. Wir haben alle Arten von Waschmaschinen pro-

biert und Kollege Moser, jetzt haben wir uns einmal dazu bekannt und stellen nach unserer Auffassung wirklich das Beste hinein, weil die Erfahrung auf diesem Gebiete gezeigt hat, daß nur das Beste gleichzeitig auch das Billigste ist. Bitte ich möchte nur sagen, daß dies nicht immer auf allen Gebieten stimmen muß. In diesem Fall aber, glaube ich, stimmt es schon. Das war der Grund, warum wir uns zu dieser, man kann sagen luxuriösen Ausstattung mit Waschmaschinen bekannt haben und diese auch beschlossen haben.

Zum Jahr der Jugend und zur Forderung nach einer Schwimmhalle in unserer Stadt, die Du auch auf Deinem Banner geschrieben hast, möchte ich folgendes sagen:

Wir haben dies, Kollege Moser Du bist seit 1945 im Gemeinderat, in allen Varianten die es überhaupt gibt auf dem Gebiete des Badewesens von der Dusche angefangen über die Badewanne bis zum Großbad diskutiert und es hat sich, lieber Kollege Moser, so ideal auch ich es ansehen würde, vielleicht können wir es doch einmal schaffen, daß wir in Steyr die Schwimmhalle errichten, folgende praktische Folgeerung ergeben: Ich habe mich auf diesem Gebiete sehr interessiert; es ist eine persönliche Geschichte, die ich jetzt erzähle. Ich bin des öfteren an einem Samstag nach Linz in das Parkbad gefahren, also in das Schwimmbad, in das Hallenschwimmbad und ich kann sagen, dort habe ich dann eigentlich erkennen müssen, daß wohl der Wunsch, wenn ein solches Hallenbad nicht vorhanden ist, darnach sehr groß ist, wenn aber ein solches vorhanden ist, die Benützung solcher Einrichtungen sehr minimal ist. Ich war an einem Samstag Nachmittag in Linz baden. Da waren 17 Leute in dieser Schwimmhalle. Das hat mich etwas bedenklich gestimmt, solche Ausgaben in den Vordergrund zu stellen. Ich

glaube aber, wir brauchen uns der Einrichtungen, dies ist ja auch nicht zum Ausdruck gekommen, die wir in Steyr der Jugend bieten, absolut nicht schämen. Das Steyrer Bad, das ist heute noch ein Schaustück, nicht nur unserer Stadt, sondern ich glaube unseres ganzen Landes und dient ja vorallen Dingen der Erholung der Jugend. Wir haben mit der Bibliothek zwar nicht auf sportlichem Gebiet aber auf kulturellem Gebiet etwas geschaffen, was vorallen Dingen, das hebe ich ganz besonders heraus, der Jugend dienen soll, daß sie sich dort ihren Geist schärft.

Es ist da von mehreren Sprechern, eigentlich von allen dreien, die Gewerbeförderung gestreift worden. Kollege Hochmayr hat hier gemeint, man könnte durch Flächenwidmungspläne diese Dinge steuern. Bitte, soviel mir bekannt ist, sind ja solche Flächenwidmungspläne vorhanden und im großen und ganzen verlegen wir ja solche Anlagen in eine ganz bestimmte Gegend, Sie wissen welche ich meine, und es wäre zu wünschen, wenn sich genügend entsprechende Unternehmen finden, die dort ihre Werkstätten schaffen.

Der nächste Punkt ist eine Auseinandersetzung, Kollege Moser, die sicherlich durch die Parteien gehen wird, nämlich, ob wir in Steyr eine Umsetzstation schaffen wollen, die im Voranschlag vorgesehen ist oder nicht. Dies ist ein eigener Tagesordnungspunkt. Man kann darüber verschiedener Meinung sein. Wir sind halt der Auffassung, daß es notwendig ist, Voraussetzungen zu schaffen, daß in Steyr die Bevölkerung auch einen guten Fernsehempfang bekommt. Es ist richtig, daß dies nicht Aufgabe der Stadt, sondern es Aufgabe der entsprechenden Körperschaft, das heißt des Fernsehens selbst ist, sol-

che Anlagen zu schaffen, um der Kundschaft eben die Ware richtig ins Haus zu bringen. Ja, sehr geehrte Freunde, auf diesem Gebiet ist es eben so, daß nicht das Angebot die Nachfrage übersteigt, sondern daß die Nachfrage nach einem guten Fernsehbild größer ist als das Angebot, das eben das Fernsehen macht. Man müßte es von dieser Seite aus sehen und ich würde obwohl es noch nicht zu diesem Punkt gehört, doch an Sie appellieren, die Möglichkeit zumindest zu geben durch einen positiven Beschluß, daß das Fernsehen nach Steyr kommt, daß diese technische Abteilung des Fernsehens Steyr - ich kenne den technischen Ausdruck nicht dafür - technisch durchmißt und feststellt, wo in Steyr objektiv gesehen wirklich ein schlechter Empfang ist. Es kann ja auch wo ein schlechter Empfang sein, weil eine nicht ordnungsgemäße Antenne vorhanden ist usw. Diese Meßwagen des Fernsehens aber sollen objektiv durchmessen, ob es rentabel ist, in Steyr etwas zu tun oder nicht. Ich glaube dann soll der echte Beschluß gefaßt werden, ob wir der Bevölkerung von Steyr, die einen schlechten Empfang hat, helfen wollen oder nicht. Das ist meine Auffassung zu diesem Problem.

Sehr verehrter Gemeinderat!

Wie immer möchte auch ich sagen, mehrere Redner haben dies schon zum Ausdruck gebracht, daß dieses Budget ein Budget oder der Niederschlag des echten Zusammenwirkens der verschiedenen Kräfte, in dem Fall sind es politische Kräfte, in unserer Gemeinde ist. Wir haben als Mehrheitsfraktion versucht, den Wünschen der verschiedenen Fraktionen Rechnung zu tragen. Die Fraktionen haben ja nicht allein politische Anliegen, sondern tragen ja Anliegen der Bevölkerung und nicht nur der Bevölkerung, der sie politisch verbunden

sind, sondern das was eben draußen in der Bevölkerung gesprochen wird heran und diese Dinge sollen dann auch ihre Verarbeitung erfahren und haben meiner Ansicht nach auch ihren Niederschlag in diesem Voranschlag gefunden.

Darf ich abschließend noch den Wunsch aussprechen, so wie ich es immer tue. Ich habe nur einen Wunsch, nämlich daß nicht nur die sachliche Zusammenarbeit bleibe, sondern daß auch die echt menschlichen Beziehungen, die im Gemeinderat herrschen zwischen den Parteien aufrecht bleiben und abschließend möchte ich Ihnen noch, der Herr Bürgermeister wird es zwar sicherlich für alle tun, aber im Namen der Fraktion möchte ich Ihnen, sehr geehrter Gemeinderat, für die kommenden Feiertage alles Gute wünschen und selbstverständlich auch ein erfolgreiches Jahr, das ich wiederum auf das Persönliche einschränke und nicht auf das Politische.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT
AUGUST MOSER:
Engherzig!

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLIN-
GER:

Wünscht sonst noch jemand das Wort?

Bitte Herr Kollege Moser!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:
Ich möchte da ein kleines Versäumnis nachholen. Wir haben auf der rechten Seite der Enns einen Sportplatz und auf der linken einen Eislaufplatz. Für die Bevölkerung von Münchenholz, für die Jugend, ist das ein sehr weiter Weg und ich bin der Auffassung, man könnte dort beim Sportplatz mittels einer Bewässerungsanla-

ge auch einen Eislaufplatz errichten. Das wäre vielleicht heuer noch möglich.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLIN-
GER:

Es ist ja in Münchenholz ein Eis-
laufplatz!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:
Ja, aber bis jetzt....

VERSCHIEDENE ZWISCHENRUF:
Von der Forelle!

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT AL-
FRED BAUMANN:

Jetzt ist das Eis ja aufgegangen,
denn es herrscht ja Tauwetter.

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:
Dann noch ein kleiner Wunsch,
für die heutige Sitzung trifft es nicht
hundertprozentig zu, da ja eine Dame
und einige Herren anwesend sind - vie-
le hätten sowieso nicht Platz gehabt -
daß die künftigen Gemeinderatsitzun-
gen nicht unter Ausschluß der Öffent-
lichkeit stattfinden. Ich glaube, es
wäre notwendig, daß diese Sitzungen
viel mehr, ich lege die Betonung auf
viel, besucht werden, mit Ausnahme
der Pressevertreter, die man da in
das Winklerl zurückgedrängt hat. Ich
möchte anregen, daß man sich vie-
leicht doch mit dem Projekt beschäf-
tigt, den Saal irgendwie zu vergrößern
oder einen neuen Sitzungssaal
zu errichten, denn es traut sich ja
keiner mehr her, weil er sich sagt,
es ist ja eh kein Platz. Ich glaube,
dies gehört schon zur demokratischen
Erziehung; die Leute sollen sich eine
Gemeinderatssitzung anhören, nicht
wahr. Sie würden dann viel mehr Ver-

ständnis dafür bekommen, auch für Schwierigkeiten die in der Gemeinde bestehen, wenn gerade ein Projekt nicht durchgeführt werden kann.

Bezüglich Bauen möchte ich noch abschließend sagen: Vor einigen Jahren waren es 70 000 und jetzt sind 96 000 leerstehende Wohnungen in Österreich. Ich möchte an die Mehrheitsvertreter hier im Gemeinderat, besonders an Herrn Kollegen Enge, der Schmiedl ist ja schon weggegangen, appellieren, im Kampf um die Erfüllung des Wohnbauprogrammes der Regierung, was schon einige Perioden hindurch versprochen wurde, sich wirklich einzusetzen, damit in diesem Jahr endlich einmal die versprochenen 50 000 Wohnungen von Seiten der Regierung gebaut werden.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Bitte Herr Gemeinderat Watzenböck!

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Ich möchte hier kurz einen Punkt aus der Stellungnahme des Herrn Kollegen Enge streifen und zwar den Punkt Waschmaschinen. Es ist doch ein langes und trauriges Kapitel gewesen mit diesen Waschmaschinen, die zuerst eingestellt wurden. Ich hatte die Gelegenheit in der schönen Stellung als Hausvertrauensmann diese Sache zu beobachten. Es war einfach so, daß die Maschine wegen Reparaturbedürftigkeit mehr stand als sie im Betrieb war. Der Mann von der Firma, der mit der Wartung betraut war, war oft tagelang unterwegs, nur um diese Maschinen zu reparieren. Dann stand diese Maschine wieder 8 Tage, weil irgendwelche Teile fehlten. Diese an und für sich relativ billigen Maschinen ka-

men also in der Folge sehr teuer und ich begrüße es sehr, wenn hier und zwar in allen Häusern, nicht nur in unserem Haus war das so, wirklich Maschinen eingestellt und verwendet werden, die einer Dauerbeanspruchung, wie dies ja in einem Haus der Fall ist, mehr als bei einem Familiengerät, standhalten. Hier soll wirklich das Beste verwendet werden. Ich glaube, daß das auf die Dauer wie Kollege Moser sagte, doch billiger kommt.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Aber für die Parteien teurer!

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Ja auf die Dauer sind die anderen teurer gewesen. Wir haben ständig Reparaturen gehabt, immer wieder!

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ALFRED BAUMANN:

Ich möchte nur Herrn Kollegen Moser dazu sagen, für die Parteien kommt es teurer, weil für die Waschmaschinen, das wird der Herr Magistratsdirektor bestätigen können, im Jahr immer ca. 2 000 bis 3 000 Schilling für Reparaturen gezahlt werden müssen von den Parteien. Bei den teuren Maschinen ist 5 Jahre Garantie darauf und wir können in 5 Jahren wieder neue Waschmaschinen anschaffen, daher ist das kein Daraufzähler.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Dann darf ich Herrn Kollegen Schanovsky um das Schlußwort zu diesem Tagesordnungspunkt bitten.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HANS SCHANOVSKY:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Sie bzw. die Diskussionsredner haben mir vorweg schon das Schlußwort erleichtert. Herr Vizebürgermeister Hochmayr hat zu verschiedenen Fragen bereits Stellung genommen. Mein Kollege Enge hat schon Er widerungen gemacht und jetzt zum Schluß hat noch Herr Watzenböck in der Frage der Waschmaschinen Stellung bezogen. Ich kann daher die allgemeinen Punkte, im besonderen die Unterstützung der Gewerbebetriebe seitens der Gemeinde, was eigentlich einen sehr wichtigen Punkt bedeutet, den alle Fraktionen hier zum Ausdruck gebracht haben, empfehlen. Ich glaube, Sie wissen selbst, daß wir in jeder Beziehung einen Gewerbebetrieb wo es nur anging, unterstützt haben und daß wir auch weiterhin bestrebt sind, Gründe, sagen wir für Neugründungen zur Verfügung zu stellen. Es war bedauerlich, daß eine Firma wie Brown Boveri die wir weitgehendst unterstützt haben, Steyr wiederum verlassen hat, was nicht auf unsere Schuld zurückzuführen ist.

Herr Gemeinderat Watzenböck, was die Unterbringung der Musikschule betrifft, so habe ich schon im Finanz- und Rechtsausschuß ausgeführt, daß der vom Referenten bzw. vom Leiter der Musikschule gedachte Plan, den Schloßparkpavillon dazu zu verwenden, nicht gangbar ist. Fachleute lehnen das ab. Wir müssen uns schon an fachliche Gutachten halten. Daß die Musikschule nicht untergebracht ist, wie sie sein soll, wissen wir auch und wir bemühen uns sehr, dort die Räume zu verbessern, durch Verbesserung der sanitären Einrichtungen usw. und wir wenden dafür wirklich hohe Mittel auf.

Über die Umsetzstation für das Fernsehen wird ein eigener Tagesord-

nungspunkt noch heute zur Beschlußfassung vorliegen.

Was die Verwendung des Sportplatzes auf der Rennbahn betrifft, so darf ich dazu sagen, daß er für den ATSV Vorwärts Steyr im Wiedergutmachungsverfahren nach 1934 gedacht ist. Wie der Betrag ausschauen wird, das bleibt einer späteren Beschlußfassung des Gemeinderates vorbehalten.

Stadtrat Gherbetz! Bezüglich der städtischen Kindergärten: Hier bei den Großunternehmungen anzuklopfen um Baukostenzuschüsse zu erhalten, das haben wir schon gemacht und auch mit Erfolg. Ich erinnere daran, daß der Kindergarten Taschlerried im Anfangsstadium durch einen großzügigen Beitrag der Ennskraftwerke errichtet werden konnte, daß der Kindergarten am Plenkelberg durch einen großzügigen Beitrag der Steyr-Werke errichtet werden konnte. Wir können aber nicht bei der Errichtung jedes Kindergartens wieder an diese Firmen um Unterstützung herantreten.

Bitte, Sie haben auch noch erwähnt, daß es nicht angängig wäre, daß der Umschlag für das Schreiben des Bürgermeisters an die Bevölkerung von Steyr anläßlich der Wahl mit der Adremamashine der gemeindeeigenen Druckerei bedruckt wurde. Der Brief dazu wurde in einer Steyrer Druckerei gedruckt und bezahlt. Es wurde auch das Bedrucken der Umschläge durch die Adremamashine bezahlt. Es war nicht möglich, einen anderen Gewerbebetrieb dazu zu be rufen, weil es schließlich die Wählerliste betroffen hat, und die Wählerliste nur der Gemeinde zur Verfügung steht. Die Adressierung der Umschläge war nur ein Auszug aus der Wählerliste, den sich jeder gegen Bezahlung holen konnte. Es hat daher der Herr Bürgermeister hier keinen Mißgriff gemacht.

Herr Gemeinderat Moser hat vie-

le Wünsche, Anliegen, die schon älteren Datums sind, vorgebracht, aber ich glaube, alle werden sie erfüllt werden.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT
AUGUST MOSER:

Werde ich es erleben?
(Allgemeines Gelächter)

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER
HANS SCHANOVSKY:

Ich hoffe schon und glaube sogar zu Ihrer Befriedigung.

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Ich habe ja auch noch Zeit. Ich habe nicht die Absicht so bald zu sterben.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER
HANS SCHANOVSKY:

Ich möchte nicht über das War-tehäuschen sprechen und ich möchte nicht über die Verbreiterung der Ha-ratzmüllerstraße sprechen, da sowie-so schon die Grundkäufe dazu getätigt wurden. Was die Telefonzelle betrifft, so darf ich Ihnen dazu folgendes sagen: Wir bemühen uns sehr, an vielen Orten Telefonzellen aufstellen zu lassen. Das gleiche gilt für den Fernsehums-setzer. Beides sind Bundesaufgaben. Aber in jedem Bundesland wird pro Jahr nur eine beschränkte Anzahl ge-nehmigt und wenn die Postdirektion für Oberösterreich im Jahre 1963 nur 20 Fernsprechkzellen für ganz Ober-österreich bewilligt bekommen hat, dann können in Steyr nicht allein da-von vielleicht die Hälfte untergebracht werden. Wir sind daher soweit gegang-en und haben dem Präsidenten der Postdirektion gesagt, wir treten mit den Kosten in Vorlage. Das kann er technisch wieder nicht unterbringen

und so sind wir nur bemüht, wirklich eine Telefonzelle nach der anderen doch der o. ö. Postverwaltung heraus-zuquetschen. Glauben Sie, daß es si-cherlich unser Wunsch ist, sovie-le als möglich in Steyr aufzustellen.

Zu den Bedürfnisanstalten:
Wollen wir nicht als Gemeinderat der "Häusrat" sein, aber alles hat seine Planung und gerade auf dem Tabor, dort wo es in der Nähe des Friedho-fes sein soll, beschäftigen wir uns mit dem Taboraufzug. In diesem Zu-sammenhang wird auch diese Frage gelöst werden.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT
AUGUST MOSER:

Das wird aber noch nicht ent-schieden im kommenden Jahr?

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER
HANS SCHANOVSKY:

Dort nicht im kommenden Jahr. Es gibt aber auch noch andere Orte in Steyr, wo solche Bedürfnisanstalten notwendig sind.

Die Sache der Gewerbeertrags-steuer hängt, wie Nationalrat Enge angeführt hat, mit dem Finanzaus-gleich zusammen. Sie wissen, daß das gegenwärtige Finanzausgleichs-gesetz Ende 1963 abläuft und es werden im Jahre 1963 neue Verhandlungen über das Finanzausgleichsgesetz be-gonnen und Sie haben ja selbst ausge-führt, daß seitens des Städtebundes schon Resolutionen verfaßt wurden, um verschiedene berechnete Wünsche von Gemeinden dort zur Sprache zu bringen.

Was den Wohnbau betrifft, so habe ich schon in meinem Vortrag erwähnt, daß das nach wie vor un-sere Hauptsorge ist, ebenso der So-zialwohnungsbau und darin ja unsere

Unterstützung liegt, daß wir Mietenzuschüsse gewähren, die doch von Jahr zu Jahr steigen und auch in diesem Jahr wieder höher zum Ansatz gebracht worden sind.

Über die Waschmaschinen ist schon genug gesprochen worden.

Der Gaspreis!

Herr Gemeinderat Moser, ich kann mich gut erinnern, daß Sie bei Beschlüßfassung über den Gaspreis, den wir von S 2,05 auf S 1,75 ermäßigt haben, den Wunsch geäußert haben, zu prüfen, ob er nicht doch auf den alten Satz von S 1,63 reduziert werden könnte. Ich habe damals geantwortet, wollen wir das erste Betriebsjahr abwarten, um zu sehen, wie hoch wirklich die Kosten sind und ich muß sagen, wir sind mit einem blauen Auge davon gekommen. Wäre er S 1,77, dann wären wir ausgekommen. Sie sehen daher, daß wir mit S 1,75 knappest gerechnet und die richtige Linie gefunden haben. Daß natürlich in der Zwischenzeit auch wieder Kostenverteuerungen eingetreten sind, wie zum Beispiel Lohnerhöhungen, dafür können wir nicht und wir können sie nicht zum Anlaß nehmen, gleich bei nächster Gelegenheit den Gaspreis wieder zu erhöhen.

Spielplatz in der Fischhub!

Ich glaube, das müssen wir der Planung des Bauamtes vorbehalten. Mir ist noch nichts bekannt, aber sicherlich wird der Herr Baureferent das wahrgenommen haben, um hier nach dem Rechten zu sehen.

Die Erhöhung der Richtsätze wie Sie sie erwähnt haben, ist eine Sache der Landesregierung durch Landesgesetz diese Angelegenheit zu regulieren. Was die Gemeinde Steyr betrifft, so liegen wir schon über den amtlichen Richtsätzen und wir haben

immer eine gewisse Angst, daß wir von der Landesregierung einmal zusammengestutzt werden, daß wir da ein Vergehen begehen. Natürlich kann dies nicht der Anlaß sein uns zu strafen, aber weiter darüber hinaus ist es uns leider aus freiwilligem Ermessen nicht möglich. Hier müssen wir schon unsere Abgeordneten bitten, daß es durch eine Novellierung des Landesgesetzes zu einer Erhöhung der Richtsätze kommt.

Über die Schwimmhalle hat auch schon Herr Nationalrat Enge gesprochen und was eine Mehrzweckhalle betrifft, so sind die Wünsche seitens der Vereine sehr groß und ich weiß es selbst, daß bei verschiedenen Generalversammlungen von Kultur- und Sportvereinen dies geäußert wurde. Aber wenn Sie hiezu Enns ins Treffen geführt haben, so darf ich Ihnen dazu sagen, daß die Gemeinde Enns heute weint, daß sie eine Stadthalle gebaut hat. Sie würde sie uns schenken. Sie bedauert es sehr sehr aufrichtig und es ist genau so wie bei einer Schwimmhalle, die Forderung darnach ist da, wenn aber dann so eine Halle vorhanden ist, dann wird sie nie benützt. Sie würde ein paar Veranstaltungen mehr im Jahr größeren Umfanges ermöglichen, aber die große Investition bestimmt nicht wirtschaftlich und rentabel gestalten.

Oberbank, Nebenhaus Stadtplatz 25;

Hier verhält sich die Sache folgender:

Der Bau wurde begonnen in der Absicht, von der Oberbank einen Kredit in der Höhe von 5 Millionen zu einem bevorzugten Zinssatz zu nehmen. Gott sei Dank, waren wir in der Lage, lieber Geld in die Oberbank zu legen, daß die uns Zinsen bezahlen, als einen Kredit aufnehmen zu müssen. Was die Oberbank für ihre Räume, die

sie in einem Eigentumsvertrag erwerben wird, bezahlen wird - der 1. Teil wird gerade abgerechnet - und erst heute war der Herr Direktor Aichinger der Oberbank in Steyr um sich mit uns über diese Angelegenheit zu unterhalten, ist noch nicht errechnet. Sie werden darüber noch genauest nach Abschluß des Vertrages informiert werden.

Herr Vizebürgermeister Hochmayr, bezüglich der Apotheke auf der Ennsleite und dem Polizeiposten auf der Ennsleite möchte ich sagen, daß sind lauter Angelegenheiten, über die wir nur bei den zuständigen Stellen vorstellig werden können. Sicherlich ist Bedarf darnach und ich weiß auch, daß in der Planung des Ausbaues beim Wiederaufbau auf der Ennsleite an eine Apotheke besonders gedacht ist.

Über Flächenwidmungsplan wurde auch schon gesprochen und was den neuen Stadtbaudirektor betrifft bzw. den Dienstpostenplan, so werden Sie ja selbst aus der Personalkommission wissen, welche Anliegen vorliegen. Es war möglich, in diesem Jahre mit der Personalvertretung das Übereinkommen zu finden, daß der Dienstpostenplan gegenüber dem Vorjahr nicht geändert werden braucht, was ja für uns spricht.

Damit glaube ich, habe ich alle Anfragen der Redner beantwortet.

Zum Schluß freut es mich, aus Ihrem Munde zu hören, daß Sie diesem Antrag wieder Ihre Zustimmung geben und ich weiß, daß Sie mit großem Verständnis der Situation der Stadtgemeinde Steyr entgegensehen so wie bisher und ich danke Ihnen auch für dieses Verständnis. Ich glaube, wir tun ja alles nicht für uns, sondern für die Bevölkerung von Steyr.

BÜRGERMEISTER JOSEF FEL-
LINGER:

Danke. Bitte Herr Gemeinderat Watzenböck!

GEMEINDERAT ALFRED WATZEN-
BÖCK:

Bitte ich muß mich noch einmal zum Wort melden. Einmal, weil unsere Fraktion keine Stellungnahme, weder zustimmend noch ablehnend gegeben hat, zum anderen, weil ich Anfragen an den Herrn Referenten gestellt hatte, die ich benötigt habe, um unsere Stellungnahme abgeben zu können zum Beispiel zum Punkt ATSV.

Aber zuerst darf ich noch, obwohl Sie bereits abschließend gesagt haben, zum Punkt Industriegründe etwas sagen: Es stimmt nicht, daß hier alles getan wurde, was möglich wäre. Ich muß hier so unbescheiden sein und mich selbst anführen. Ich habe vor Jahren einen Antrag gestellt auf Zuteilung eines Grundstückes zur Errichtung und Ausbau meines Betriebes, der in einem altertümlichen Haus untergebracht ist und zwar deshalb, weil mir gesagt wurde, es werden Industriegründe vergeben und es wäre eine Industriezone geplant und zwar oben am Tabor. Ich habe diesen Antrag abgegeben in der Liegenschaftsverwaltung. Ich möchte hier die Liegenschaftsverwaltung nicht angreifen, denn sie trifft hier bestimmt keine Schuld, aber ich habe bisher weder eine Antwort noch irgendeine Stellungnahme bekommen und habe daher in der Zwischenzeit mir anderweitig ein Grundstück beschaffen müssen und zwar außerhalb Steyrs, denn es ist ja bekannt, in Steyr selbst sind Betriebe an und für sich schwer unterzubringen. Wenn da die Gemeinde von sich aus keine Zone festsetzt, dann wird es eben nicht möglich sein, im Stadtbereich Betriebe aufzubauen.

Zum Punkt ATSV - Sportplatz Rennbahn!

Wir haben im Vorjahr bereits eine Stellungnahme abgegeben und ich wie-

derhole meinen Vorschlag. Es ist an und für sich nicht mehr durchführbar und vielleicht nicht mehr reparierbar, was bisher geschehen ist. Es wurde darauf hingewiesen, daß dem ATSV gegenüber Ersatzpflicht für einen verlorengegangenen Platz bestehe. Das ist richtig und wir sind dafür, umso mehr als auch anderen Vereinen dieses Recht bereits zuteil wurde. Aber diese Vereine hatten den zur Verfügung gestellten zurückgegebenen Platz aus eigener Kraft durch den Einsatz ihrer Mitglieder auf- und ausgebaut. Warum nicht auch der ATSV? Man übergibt ihm doch den Platz zu eigen und überläßt es dem Idealismus seiner Mitglieder und Anhänger, was man aus dem Platz macht, so wie es auch bei anderen Vereinen der Fall ist. Sehen wir uns die diesbezüglichen Ausgabenposten kurz an:

1957: Voranschlag S 700 000, --
Rechnung S 600 000, --;

1958: Voranschlag S 500 000, --
Rechnung S 700 000, --;

1959: Voranschlag S 500 000, --
Rechnung S 600 000, --;

1960: Voranschlag S 500 000, --
Rechnung S 690 000, --

usw., zusammen sind es jetzt gut über 4 Millionen. Ich muß das schon anfragen, ob da die Wiedergutmachung außer der Zurverfügungstellung des Platzes, die wir ja befrworten, nicht doch etwas stark überzogen wird.

Zum Punkt öffentliche Einrichtungen:

Bei der Verwendung öffentlicher Einrichtungen für eine Partei, für die Mehrheitspartei in diesem Fall, möchte ich auch noch erinnern, daß z. B. auf den öffentlichen Bauwerken mit einer Selbstverständlichkeit die Transparente einer Partei angebracht werden, daß Leuchtschriften auf das Grundstück des Taborrestaurants zum Beispiel gestellt werden, dort angeschlossen - bitte wahrscheinlich be-

zahlt werden, das will ich nicht bestreiten - daß die Hausanschlagtafeln verwendet werden, für Flugblätter einer Partei und zwar in einer Selbstverständlichkeit, als gehörten diese Häuser praktisch dieser Partei. Ich sehe es immer wieder selbst in unserem Haus. Ich habe von einer anderen Partei noch kein Anschlagblatt gefunden auf diesen Hausordnungstafeln.

Das wäre im wesentlichen alles. Abschließend darf ich dem Gemeinderat mitteilen, daß meine Fraktion dem Voranschlag im wesentlichen zustimmt.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wir schließen damit die Diskussion über diesen Tagesordnungspunkt ab und ich bitte Sie, die Abstimmung zum Budget vorzunehmen. Wer dem Antrag des Referenten, Sie haben ihn eingangs gehört, die Zustimmung gibt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Die Gegenprobe bitte?

Ich erkläre somit die einstimmige Annahme des Haushaltsvoranschlages für das Jahr 1963.

Wir gehen in der Abwicklung unserer Tagesordnung weiter. Bitte Herr Kollege Schanovsky zur Bezugsregelung für die Bediensteten!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HANS SCHANOVSKY:
Sehr geehrter Gemeinderat!

Ich habe schon erwähnt, daß wir in Bezugsregelungsverhandlungen mit der Gewerkschaft gestanden sind und wir eine Verstärkung von 1,5 Millionen Schilling im Budget vorsehen mußten. Es wurde folgende Regelung getroffen:

Wenn ich kurz zurückkommen darf, war es die Gemeinde Linz, die zuerst in solche Verhandlungen

mit der Personalvertretung getreten ist und als erste den Abschluß getätigt hat, worauf die Personalvertretung von Steyr auch an uns mit dem gleichen Ersuchen herangetreten ist. Im weiteren Verlauf dieser Verhandlungen haben wir gehört, daß auch Wien in Verhandlungen mit ihren Bediensteten steht, auf einer anderen Basis wie Linz. Es war jetzt mit der Personalvertretung die Angelegenheit zu regeln, entweder auf die Vereinbarungen die Wien abschließt zu warten oder die Regelung nach dem Linzer Beschluß durchzuführen. Der Städtebund hat dann an alle seine Mitglieder die Empfehlung ausgesendet, im Sinne der Vereinbarungen Wiens, im Dezember eine einmalige, nennen wir sie Überbrückungshilfe, von S 500,-- zur Auszahlung zu bringen. Über die weiteren Regelungen in Wien sind die Verhandlungen nicht zum Abschluß gekommen. In Steyr dagegen konnten wir mit der Personalvertretung folgende Regelung erzielen, die Ihnen nunmehr der Finanz- und Rechtsausschuß in seinem Antrag zur Annahme empfiehlt:

2) Präs-487/1962

Bezugsregelung für die Bediensteten der Stadtgemeinde Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Den Bediensteten des Magistrates mit Ausnahme der Nebenlehrer der Städt. Handelsakademie, Handelsschule, Frauenberufsschule und Musikschule, der Hilfsärzte, der Vorschülerinnen und der Saisonarbeiter, wird mit Wirkung vom 1. 1. 1963 eine Belastungszulage von

S 200,--

pro Monat gewährt. Diese Zulage wird in sinngemäßer Anwendung der hinsichtlich der Auszahlung der vier Sonderzahlungen geltenden Bestimmungen pro Jahr vierzehnmal ausgezahlt.

Die Zulage ist bei Beamten nicht ruhegenüßfähig. Teilbeschäftigte Be-

dienstete erhalten die Zulage aliquot.

Den obengenannten Personen wird, soweit sie am 15. 12. 1962 im Dienste des Magistrates stehen, als Abgeltung für die im Jahre 1962 aufgetretene Mehrbelastung eine einmalige Vergütung in Höhe von

S 300,--

gewährt. Die anfallende Lohnsteuer wird vom Magistrate übernommen. Die Mittel sind aus SP 07 zu nehmen.

Ich bitte Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünschen Sie hiezu das Wort? Herr Gemeinderat Watzenböck bitte!

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Dieser Antrag kommt vom Finanz- und Rechtsausschuß in welchem meine Fraktion diesem Vorbringen zustimmte. Ich möchte auf unsere Stellungnahme anlässlich der Behandlung des Rechnungshofberichtes zurückkommen. Wir sprachen uns damals gegen Pauschalzuwendungen aus und regten an, solche Zulagen entsprechend den tatsächlichen Mehrleistungen und Mehrbelastungen zu verteilen. Nun geben wir zu, daß es sehr schwierig wäre, mit annähernder Genauigkeit festzustellen, inwieweit im einzelnen Mehrleistungen vorliegen. Die Dinge liegen hier anders als in einem gewerblichen und industriellen Betrieb. Dafür aber ist im öffentlichen Dienst ein sehr differenzierter personeller Aufbau vorhanden, eine sehr brauchbare Systematik, die Leistung und Verantwortlichkeit widerspiegelt, soferne der Aufbau nach diesen Kriterien erfolgte. Wir wollen das annehmen und von dieser Voraussetzung ausgehend folgendes anregen:

Es besteht also eine Mehrbelastung, die abgegolten werden soll. Eine Mehrbelastung trifft meines Erachtens jeden Bediensteten in dem Maße steigend, als sein Aufgabenbereich und seine Verantwortlichkeit eine größere ist. Wir alle wissen, wie sich die von den vorsprechenden Parteien an die einzelnen Abteilungen und Ressorts herangetragenen Wünsche und Beschwerden auf die jeweils verantwortlichen Beamten konzentrieren, wie sich Abteilungsleiter und andere verantwortliche Beamten mit Uneinsichtigkeit, individuellen Interessen auseinanderzusetzen haben, gleichzeitig den Vorschriften und den einzelnen Vordringen entsprechen zu sollen. Das ist bestimmt eine oft auf die Nerven gehende Tätigkeit. Dazu kommt die Ihnen bekannte Tatsache, daß leitende Beamte auch sehr oft außerhalb der Dienstzeit zur Verfügung stehen sollen für Besprechungen mit einzelnen Vereinen, Interessenverbänden, zur Klärung und Ordnung irgendwelcher Mängel in gemeindeeigenen Häusern und Liegenschaften usw. Ich wäre daher dafür, in Zukunft Belastungszulagen allgemeiner Art nicht Pauschalzulagen zu geben, sondern prozentuell oder gestaffelt nach der Verantwortlichkeit der Dienststellengruppen. Das wäre eine grundsätzliche Anregung.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünscht sonst noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir werden das als Anregung annehmen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HANS SCHANOVSKY:

Vollkommen richtig, Herr Gemeinderat Wattenböck, was Sie sagen und wir werden uns auch bemühen, in Zukunft diesem System Rechnung zu

tragen. Aber in diesem Fall ist es nicht möglich. Ich bitte Sie, den Antrag in der Form, wie er vorliegt, anzunehmen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wir kommen zur Abstimmung und ich bitte Sie um ein Zeichen mit der Hand im Falle Ihrer Zustimmung. Ich danke.

Die Gegenprobe? Es erhebt sich keine Gegenstimme.

Ich bitte um den nächsten Punkt Herr Kollege Schanovsky!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HANS SCHANOVSKY:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Es geht um den Verkauf der Rechte der Stadtgemeinde Steyr an die E-Werksgesellschaft in Steyr.

Die Stadtgemeinde Steyr ist an der E-Werks GesmbH in Steyr mit 24,93 % beteiligt. Die Gesellschaft, die durch Umwandlung aus der im Jahre 1894 gegründeten Aktiengesellschaft "Elektrizitätswerke in Steyr" hervorgegangen ist, wurde am 29. Dezember 1915 unter der Firma "Elektrizitätswerke in Steyr, GesmbH" errichtet und am 4. Mai 1916 in das Handelsregister des Kreisgerichtes Steyr eingetragen. Der Gegenstand des Unternehmens war und ist die Errichtung und der Betrieb von elektrischen Zentralstationen und sonstigen Anlagen und Vorrichtungen für die Leitung, Verteilung und Erzeugung von Elektrizität. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt seit der Schilling-eröffnungsbilanzumstellung zum 1. 1. 1955 S 7 500 000,-- . Nach den Eintragungen im Anteilsbuch befinden sich Anteile im Neuwert von 71,79 % im Besitze der Linzer Elektrizitäts- und Straßenbahn AG, die jedoch ihren Anteil mit Vertrag vom

10. Dezember d. J. an die OKA übertragen hat und Anteile im Nennwert von S 1 870 000,-- (24,93 %) im Besitze der Stadtgemeinde Steyr. Der Rest ist Streubesitz. Am 18. November 1916 wurde zwischen der Stadtgemeinde Steyr und dem E-Werk Steyr der sogenannte Elektrizitätsvertrag geschlossen. Mit diesem Vertrag räumte die Gemeinde der Gesellschaft das Recht ein, die Straßen, Gassen, Brücken und Plätze im Ortsgebiet zur Abgabe von Elektrizität zu benützen. Der Vertrag endet am 31. Dezember 1962, ohne daß es einer vorausgehenden Kündigung bedarf. Die Gesellschaft räumte damals der Gemeinde ein Heimfallsrecht an ihren Anlagen ein. Bei Heimfall des Werkes an die Gemeinde nach Ablauf der Vertragsdauer sind die der Gemeinde zukommenden Anlagen zu übergeben, und zwar auch dann, wenn bezüglich der Modalitäten der Übergabe, insbesondere wegen Zahlung ev. Ablösungsbeträge, Ersatz- oder Gegenforderungen irgendwelche Meinungsverschiedenheiten bestehen würden. Für die Benützung des städt. Ortsraumes und für den Verzicht der Gemeinde auf Führung eines eigenen Versorgungsunternehmens wurde eine Abgabe festgelegt, die kurz mit Konzessionsabgabe benannt wurde. Sie war in den jeweiligen Verträgen verschieden hoch. Zuletzt wurde sie im März 1941 mit 11,06 % der Roheinnahmen ohne Sonderabnehmer festgesetzt. Seither ist die Höhe der Konzessionsabgabe unverändert geblieben.

Seit Stilllegung der eigenen Dampfkraftanlage im Jahre 1918 ist die Gesellschaft ausschließlich Stromverteilerin. Da die Steyr-Werke nicht in den Stadtbereich strommäßig einbezogen sind, liefert das E-Werk Steyr den Strom hauptsächlich für Haushalte. Die Stromabgabe war 1961 mit rund 30 Millionen KWh zu beziffern.

Wertmäßig war dieser Stromabsatz mit rund 23 000 000,-- S anzunehmen. Das E-Werk Steyr fällt mit Ablauf des Vertrages, das ist also mit 31. Dezember 1962 samt allem zum Betrieb desselben dienenden Inventar, soweit dieses Eigentum der Unternehmung ist, insbesondere auch samt allen ihr im Zeitpunkt der Überlassung gehörigen von ihr zum Betrieb der Werke und Anlagen verwendeten Grundstücke und Baulichkeiten, Werkzeuge, Maschinen, dem ober- und unterirdischen Leitungsnetz samt zugehörigen Transformatoren, eingebauten Zählern und sonstigen Inventarstücken der Stadtgemeinde anheim. In örtlicher Hinsicht wird das Heimfallsrecht begrenzt auf jene Anlagenteile der Unternehmung, welche zur Zeit des Heimfalles außerhalb des Stadtgebietes liegen, mit Ausnahme der Teile, welche zum Betrieb der Licht- und Kraftabgabe in Steyr, gewidmet sind, erstreckt sich das Heimfallsrecht nicht.

Die Stadt Steyr hat also zum 31. Dezember 1962 das Recht, die Anlagen des E-Werkes Steyr für sich zu benützen und den Verschleiß des Stromes an die Abnehmer selbst durchzuführen. Es ergibt sich nun die Frage, ob die Gemeinde dies machen soll oder nicht. Zuerst ist die Frage zu prüfen, ob es sich beim E-Werk Steyr um ein städt. Versorgungsunternehmen handelt oder nicht. Die Frage ist zu verneinen, da der Strom fremd von außerhalb des Stadtgebietes gelegenen Erzeugungsunternehmen geliefert wird. Eine rein örtliche Bedeutung hat somit dieses Unternehmen nicht. Weiters steht fest, daß die Gemeinde Steyr entsprechend dem Elektrizitätsvertrag jene Anteilhaber entschädigen muß, die nun abtreten. Das sind nun entsprechend den Anteilen $\frac{3}{4}$ des gesamten Wertes. Je nachdem wie der Wert der heutigen Anlagen gerechnet wird, ergeben sich Beträge von 20 bis 32 Millionen Schilling, sodaß 15 bis 24 Mil-

lionen Schilling die Gemeinde Steyr bar auf den Tisch zu legen hätte. Für den Fall, daß die Gemeinde Steyr diesen Betrag nicht aus dem laufenden Haushalt entnehmen könnte, müßte sie den Betrag als Kredit aufnehmen und dafür Zinsen bezahlen, die den gesamten Gewinn, soweit er sich bisher ergeben hat, aufsaugen würden. Von den kleineren, meist personellen Schwierigkeiten soll hier nicht weiter geredet werden.

Eine der Hauptfragen ist, was ist das E-Werk Steyr überhaupt wert und wie hoch ist dann der Anteil der Gemeinde selbst. Zu diesem Zwecke hat die Gemeinde schon vor rund 10 Jahren einen Status des E-Werkes Steyr durch einen Sachverständigen aufnehmen lassen (siehe Anlage). Weiters wurde durch den Vorstand des Elektrizitätswerkes in Steyr, GesmbH, und der OKA, der Alpentreuhand GesmbH Linz und der Österreichischen Revisions- und Treuhand GesmbH Wien, der Auftrag gegeben, gemeinsam gutachtlich zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. Wieviel beträgt der Übernahme-wert der Anlagen der Gesellschaft bei Eintritt des Heimfalles am 31. Dezember 1962 und
2. Wie hoch ist der innere Wert des Stammkapitales der Gesellschaft unter Mitberücksichtigung des Ertragswertes?

Das achtunddreißig Seiten starke Gutachten kommt unter Zugrundelegung des für das Jahr 1961 geschätzten Ergebnisses hinsichtlich des Sachwertes

1. ohne Rücksicht auf den bestehenden Heimfall mit rund 24,5 Millionen Schilling
2. im Hinblick auf den bestehenden Heimfall ohne Valorisierung auf 20,3 Millionen Schilling und bei Valorisierung auf 29,1 Millionen Schilling. Diese Beträge wären um die Erträge für 1962 noch entspre-

chend zu berichtigen. Die inneren Werte der Anteile am Stammkapital der Gesellschaft betragen nach Schätzung im Gutachten zum 31. Dezember 1961 ohne Valorisierung 23,4, bei Valorisierung 31,5 Millionen Schilling.

Das Gutachten steht unter der Voraussetzung verschiedener Schätzungen, die einfach unterstellt werden. Es ist sehr schwierig, die Unterstellung zu entkräften. Daher war es Ziel, bei den Verhandlungen mit der OKA als mögliche Übernehmerin der Anteilsrechte, der Gemeinde möglichst Bauschbeträge festzulegen, um nicht auf alle Möglichkeiten des Gutachtens eingehen zu müssen. Als Endergebnis der wiederholt geführten mündlichen Verhandlungen hat die Oberösterreichische Kraftwerke AG durch ihren Vorstand für den Verkauf der E-Werke Steyr GesmbH, den Betrag von 15,5 Millionen Schilling vorgeschlagen, der sich aus folgenden Teilbeträgen ergibt:

- a) Beteiligung der Gemeinde am E-Werk Steyr unter Berücksichtigung des inneren Wertes des Stammkapitals 7,8 Millionen Schilling
- b) für den Sachzeitwert für die kostenlos heimfälligen Anlagen 5,8 Millionen Schilling
- c) aus dem ideellen Wert des Unternehmens 1,9 Millionen Schilling.

Weiters wird unabhängig vom Kaufpreis eine Vertragsabgabe festzulegen sein, die dem heutigen Wert der Konzessionsabgabe entspricht und derzeit rund 2 Millionen Schilling für das Jahr 1962 betragen wird. Die Gemeinde Steyr hat weiterhin gefordert, daß das gesamte derzeitige Personal des E-Werkes Steyr in die Dienste ihrer allfälligen Übernehmerin gestellt wird. Die OKA als Verhandlungspartnerin hat zum Schluß ihr Anbot auf 16 Millionen erhöht, wobei die Konzessionsabgabe im wesentli-

chen in der bisherigen Form weiter gezahlt werden soll. Die Konzessionsabgabe ist das Kernstück eines Vertrages beim Verkauf der gesamten Anlagen in Steyr und im Hinblick auf die Bedeutung muß die Formulierung dieses Punktes des Vertrages ganz besonders genau erfolgen.

Im Hinblick auf die aufgezeigten Schwierigkeiten, die der Gemeinde entstehen, die in einem gewissen Gegensatz zu den Vorteilen, wie einmalige Kapitalabfindung und laufende Vertragsabgabe stehen, darf empfohlen werden, die Rechte der Stadtgemeinde Steyr am E-Werk Steyr zu den oben kurz umrissenen Bedingungen mit 31. Dezember 1962 an die OKA zu verkaufen.

Es wird sohin seitens des Finanz- und Rechtsausschusses der Antrag gestellt:

3) ÖAG-E-Werk-277/1961

Verkauf der Rechte am Elektrizitätswerk Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Verkauf der Rechte der Gemeinde Steyr an der E-Werke GesmbH in Steyr wird grundsätzlich zugestimmt. Der Vertrag muß mindestens eine einmalige Ablösesumme von 16 000 000,-- S sowie die Zahlung einer Vertragsabgabe im bisherigen Umfang enthalten. Vor Abschluß des Vertrages ist der volle Wortlaut desselben dem Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegen.

Ich bitte Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünschen Sie zu diesem Antrag und Vortrag das Wort?

Gewiß, es ist verständlich, die Materie die hier zum Vortrag gebracht wurde, ist ja so vielfältig und so kompliziert, daß eine Erklärung auf Grund

eines kurzen Vortrages kaum möglich ist. Das verstehen wir. Wir haben allerdings im Finanz- und Rechtsausschuß diese Beratungen schon durchgeführt, sodaß es heute zur Abstimmung kommen kann. Ich bitte Sie, wenn Sie mit diesem Antrag einverstanden sind, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke.

Gegenprobe? Es ist die einstimmige Annahme zu verzeichnen. Wir schreiten nun in der Abwicklung der Tagesordnung weiter.

Bitte Herr Kollege Hochmayr zum nächsten Tagesordnungspunkt!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER JOSEF HOCHMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Sie haben vorher in der Budgetdebatte gehört, daß wir Grund brauchen. Wir haben nun die Möglichkeit, die Liegenschaft Jägerberg, die im Besitze der Ehegatten Adolf und Theresia Ahamer steht, anzukaufen. Der Stadtsenat legt daher dem Gemeinderat folgenden Antrag vor:

4) ÖAG-6821/1962

Ankauf der Liegenschaft EZ 90, KG Jägerberg von den Ehegatten Ahamer.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Ankauf der Liegenschaft EZ 90 Kat. Gem. Jägerberg im Ausmaß von 60 899 m² abzüglich eines den Verkäufern verbleibenden Teiles von ca. 1 750 m² von den Ehegatten Adolf und Theresia Ahamer, Steyr, Waldrandstraße 9, wird zugestimmt. Der Kaufpreis beträgt S 17,-- pro m². Zu diesem Zweck wird eine überplanmäßige Ausgabe von S 1 110 000,-- (Kaufpreis, Grunderwerbsteuer und Eintragungsgebühr) bei VP 920- 91 aoH freigegeben. Die Dekung erfolgt durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln.

Ich bitte Sie um die Annahme die-

ses Antrages.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünschen Sie zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort? Dies ist nicht der Fall und ich darf somit Ihre Zustimmung annehmen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER JOSEF HOCHMAYR:

Anlässlich des Abschlusses der Kostenabrechnung für die Ennstalbrücke sind noch die Ansprüche der Firma Weidinger zu bereinigen. Sie wissen, daß die Brücke sehr nahe an den Silo dieser Firma heranreicht. Dadurch wird die Fahrbahn sehr oft mit Sägespänen und dergleichen belegt, was gewiß eine Gefahr darstellt.

Das zweite ist aber auch, daß der Anblick nicht gerade erfreulich ist, wenn man über diese schöne Brücke fährt und die Werksanlagen so nahe an die Brücke herankommen. Dazu kommt noch, daß durch den Brückenschatten die Lichtverhältnisse im Betrieb der Firma Weidinger gelitten haben, sodaß auch hier eine entsprechende Änderung vorgenommen werden muß.

Zur Bereinigung dieser Angelegenheit liegt daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat vor:

5) Bau 4-5018/1953

Abgeltung für alle aus dem Titel der Errichtung der Ennstalbrücke gegen die Stadtgemeinde Steyr gestellten Ansprüche an die Firma Weidinger.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem zwischen der Stadtgemeinde Steyr und der Firma Weidinger im Sinne des Amtsberichtes vom 27. 11. 1962, Bau 4-5018/53, geschlossenen Vergleich, wonach

der Firma Weidinger der Betrag von S 380 000,--

(Schilling dreihundertachtzigtausend) als Abgeltung für sämtliche aus dem Titel der Errichtung der Ennstalbrücke gegen die Stadtgemeinde gestellten Ansprüche zugesprochen wird, wird zugestimmt.

Ich darf Sie um die Annahme des Antrages bitten.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünschen Sie zu diesem Antrag das Wort? Bitte Herr Gemeinderat Watzenböck!

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Bitte nur die Anfrage, ob damit alles endgültig abgegolten ist.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Es ist alles abgegolten, das Versetzen des Silo und die Herstellung normaler Lichtverhältnisse in den Werkstätten.

Darf ich Ihre Zustimmung annehmen? Es liegt kein Widerspruch vor und der Antrag gilt daher als angenommen.

Bitte Herr Kollege Huemer!

BERICHTERSTATTER STADTRAT ALOIS HUEMER:

Sehr verehrte Mitglieder des Gemeinderates!

Zu Ihrer heutigen Aufgabe gehört es, nicht nur dem Voranschlag Ihre Genehmigung zu geben, sondern auch zu gleicher Zeit aus dem Voranschlag heraus die erste Post für das kommende Jahr freizugeben.

Es handelt sich, wie auch in der Debatte zum Voranschlag schon ausge-

führt worden ist, um die Errichtung eines Gasbehälters mit einem Rauminhalt von 6 000 m³. Diese 6 000 m³ sind gleichzeitig der durchschnittliche Tagesbedarf, den wir im Jahr pro Tag errechnet haben. Diese 6 000 m³ sind notwendig, um die Reservehaltung für die tägliche Befriedigung der Bevölkerung mit Gas zu gewährleisten. Ich möchte Ihnen mitteilen, daß die zur Verfügung stehenden Gasbehälter des Gaswerkes im Ausmaße von 400, 600 und 1 600 m³ aus den Jahren 1867, 1868 und 1874 stammen und daher immerhin eine Lebensdauer von 95, 94 und 88 Jahren aufweisen. Sie sind für die Versorgung für die nächste Zeit nicht mehr geeignet. Die angefertigte und ausgeführte Hochdruckanlage unseres Gaswerkes hat einen Fassungsraum von 2 000 m³. Wir haben aber für die Versorgung und für die Lagerhaltung des Flüssiggases einen Walzenkessel benötigt, sodaß also nur mehr 1 000 m³ bei 8 Atü Überdruck uns zur Verfügung stehen, das heißt also, daß derzeit eine Reservehaltung von 1 600 m³ vorhanden ist. Ich bitte Sie sehr, daß Sie dem Amtsbericht und späterhin dem Antrag Ihre Aufmerksamkeit leihen und zum Schlusse auch die Zustimmung geben.

Im Zuge der Erneuerung des Gaswerkes in Steyr ist es nötig geworden, die bestehenden Gasspeicheranlagen, die teilweise bis zu 100 Jahren in Verwendung stehen, den neuzeitlichen Erfordernissen entsprechend auszubauen. Die Niederdruckbehälter sind bereits so schadhaft, daß jeden Tag mit ihrem Ausfall zu rechnen ist. Der Hochdruckbehälter erfordert wieder stark erhöhte Betriebskosten. Die gesamte Kapazität erreicht jedoch nur 2/3 des Tagesverbrauches. Es ist daher unbedingt nötig, einen Niederdruckkessel im ungefähren Ausmaße einer Tageskapazität von rund 6 000 m³ Gas anzuschaffen, zumal auch in den Anfahrzeiten nicht völlig entgif-

tetes Gas zum Ausstoß gelangt und durch Vermengung mit anderen Gasbeständen wieder entsprechend zur Abgabe an die Verteilungsleitungen aufbereitet werden kann. Für die Durchführung der Arbeiten wurden vom Stadtbauamt Anbote über Lieferung von 4 000 m³ und 6 000 m³ Gas eingeholt; Grundlage der Ausschreibung war die von einer anbietenden Firma kostenlos zur Verfügung gestellte Konstruktionsbeschreibung. Die Ausschreibung brachte folgendes Ergebnis:

1) Fa. Hornberger, Linz,
S 2 124 000 (4 000 m³) und S 2 500 000 (6 000 m³);

2) Fa. Wiener Brückenbau AG
S 1 694 475 (4 000 m³) und S 2 088 725 (6 000 m³);

3) Fa. Waagner Biro AG, Graz,
S 2 020 000 (4 000 m³) und S 2 640 000 (6 000 m³);

4) Fa. Bochmann, Wien,
S 2 019 000 (4 000 m³) und S 2 562 000 (6 000 m³);

Waagner Biro bietet als Variante die Behälter mit Schraubenführung (anstatt Führungsgerüst) zu folgenden Preisen an:

4 000 m³.....S 1 940 000,--
6 000 m³.....S 2 500 000,--

Die Fa. Bochmann legt zusätzlich ein Anbot über die Lieferung und Montage der Behälter- Ein- und Ausgangsrohre mit Wassertöpfen in Höhe von S 79 000,--/84,000,-- bzw. über die Verstärkung des Bodenbleches (von drei bzw. sechs Millimeter auf durchgehend 7 mm) in Höhe von weiteren S 132 000,--/140 000,-- für die Behältergrößen 4 000 m³ / 6 000 m³.

Die Wiener Brückenbau AG und Eisenkonstruktions-AG gibt den Preis pro Tonne Abwaagegewicht bekannt. Wie aus der beiliegenden Anbotgegenüberstellung ersichtlich ist, liegen die Behälter-Gesamtgewichte bei den anderen Firmen durchwegs um ca. 18 % für den 4 000 m³ bzw. 28 % für den

6 000 m³-Behälter höher. Mit einer Erhöhung der tatsächlichen Baukosten gegenüber dem Anbot dürfte daher zu rechnen sein.

Die Firma Hornberger gibt im Anbot weder ein Behälter-Gesamtgewicht noch Einzelheiten über die Lieferzeiten bekannt.

Die Preise verstehen sich ohne Herstellung des Behälterfundamentes, Lieferung und Montage der Behälterarmaturen, Raum für Monteure und Werkzeuge, Licht- und Kraftstrom, Gas und Sauerstoff und Gerüstung, so daß derzeit mit einem Kostenaufwand von ca. 2 1/2 Mill. Schilling gerechnet werden muß, der sich noch erhöhen kann, wenn sich besondere Fundierungsmaßnahmen als nötig erweisen, die jedoch erst nach einer vorgenommenen Bodenuntersuchung geschätzt werden können.

Ich darf Ihnen nun den Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses zur Beschlußfassung vorlesen:

6) ÖAG-Gaswerk

6263/1962

Bau eines Gasbehälters für das Gaswerk.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zum Zwecke des Ankaufes eines Niederdruckgasbehälters zur Verwendung im Gaswerk wird den Städt. Unternehmen ein Kredit im Ausmaße von

S 2 500 000,--

(Schilling zwei Millionen fünfhunderttausend) aus VP 871-85 aoH/1963 gewährt. Die Auftragserteilung hat an die Firma Wiener Brückenbau-AG zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünschen Sie zu diesem vorgetragenen Tagesordnungspunkt das Wort? Dies ist nicht der Fall und ich darf somit Ihre Zustimmung annehmen.

men. Danke.

Bitte Herr Kollege Besendorfer!

BERICHTERSTATTER STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen 2 Anträge des Stadtsenates zur Beschlußfassung vorzulegen.

7) Ha-7141/1962

Gewährung eines Vorfinanzierungsdarlehens an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr zur Errichtung des Bauvorhabens E XVII/1 und 2 in Steyr, Wokralstraße - Schillerstraße.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zum Zwecke der Finanzierung des Bauvorhabens Ennsleite XVII/1 und 2 in Steyr, Wokralstraße - Schillerstraße, bestehend aus 30 Wohnungen und Geschäftslokalen wird der Gewährung eines Darlehens von S 5 300 000,-- (Schilling fünf Millionen dreihunderttausend) an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr zugestimmt.

Dieses Darlehen wird vorerst als Vorfinanzierungsdarlehen gewährt, die Auszahlung erfolgt nach Maßgabe des Baufortschrittes. Die Festsetzung der näheren Darlehensbedingungen erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt. Die Mittel hiezu werden aus VP 62-85 aoH für das Haushaltsjahr 1963 freigegeben.

Ich ersuche um Annahme dieses Antrages.

Mein zweiter Antrag betrifft:

8) Ha-7063/1962

Gewährung eines Darlehens an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr zum Ankauf von 9 Häusern in der Wehrgrabengasse.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Zum Zwecke des Ankaufes von
9 Häusern in der Wehrgrabengasse
(Nummern 63, 67 - 81) durch die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr wird dieser Gesellschaft ein Darlehen in Höhe von

S 1 100 000,--

(Schilling eine Million einhunderttausend) gewährt. Der genannte Betrag wird bei VP 62-85 aoH freigegeben.

Die näheren Darlehensbedingungen werden später durch die Magistratsdirektion festgesetzt werden.

Ich ersuche Sie um die Annahme dieser beiden Anträge.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünschen Sie hiezu das Wort?
Es ist dies nicht der Fall. Damit sind diese beiden Anträge angenommen.

Bitte Herr Stadtrat Schachinger!

BERICHTERSTATTER STADTRAT
EMIL SCHACHINGER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen laut Tagesordnung zwei Anträge des Stadtsenates vorzutragen.

Der erste davon betrifft:

9) ÖAG-4463/1962

Verkauf der städtischen Grundparzelle 733/7 und 733/8 KG Steyr an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr zur Errichtung des Bauvorhabens Steinfeld V/1 und 2.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Verkauf der städt. Grundparzellen 733/7 und 733/8 KG Steyr, im Ausmaß von 1 096 m² zum Preise von S 60,-- je m² an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr zum Zwecke der Errichtung von

2 Stiegenhäusern mit zusammen 16 Wohneinheiten (Bauvorhaben Steinfeld V/1 und 2) wird zugestimmt.

Die Festsetzung der näheren Bedingungen des Kaufvertrages bleibt der Magistratsdirektion vorbehalten.

Der für die öffentlichen Verkehrsflächen notwendige Grund wird als Beitrag der Stadtgemeinde Steyr zum gemeinnützigen Wohnungsbau kostenlos und lastenfrei dem öffentlichen Gute gewidmet und unter gleichzeitiger Herstellung der Höhenlage zum gegebenen Zeitpunkt in das öffentliche Gut überführt.

Ich bitte um die Annahme.

Der zweite Antrag lautet:

10) ÖAG-5234/1962

Ankauf der Liegenschaft EZ 42 KG Gleink von den Ehegatten Klausmayr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Ankauf der Liegenschaft EZ 42 Grundbuch Gleink, Steyr, Winklinger Straße 1, von den Ehegatten Josef und Maria Klausmayr, Steyr, Winklinger Straße 1, wird zugestimmt.

Der Kaufpreis besteht in der Leistung einer monatlichen Rente von je S 900,-- an die beiden Verkäufer auf Lebenszeit. Im Falle des Ablebens eines Teiles, ist dem überlebenden Teil eine Lebensrente von S 1 000,-- pro Monat zu bezahlen. Die Rentenzahlungen sind in der üblichen Weise wertzusichern.

Den Verkäufern wird das Recht erteilt, auf die Dauer eines Jahres bis längstens 31. 12. 1963 unentgeltlich im Kaufobjekt wohnen zu können.

Die Festsetzung der näheren Bedingungen des Kaufvertrages bleibt der Magistratsdirektion vorbehalten. Die Rechtswirksamkeit des Kaufvertrages ist von der Genehmigung der Bezirks- Grundverkehrskommission Steyr abhängig.

Ich bitte um die Annahme.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Sie hörten die beiden Anträge. Wünschen Sie hiezu das Wort? Es ist das nicht der Fall und ich erkläre somit diese beiden Anträge als angenommen.

Herr Kollege Radinger bitte.

BERICHTERSTATTER STADTRAT
PROF. STEFAN RADINGER:
Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich habe die Ehre Ihnen einen Antrag bezüglich der Fernseh-Umsetzanlage vorzutragen und ich möchte mir eingehend in dieses Problem, einige Bemerkungen dazu gestatten. Man könnte aus zwei prinzipiellen Erwägungen heraus gegen die Finanzierung eines solchen Unternehmens durch die Stadt sein, weil erstens einmal eine solche Angelegenheit eben in die Kompetenz der betreffenden Gesellschaft fällt und weil man zweitens den kulturellen Wert des Fernsehens unter Zweifel stellen kann.

Nun zum ersten Einwand, den ich ja heute schon gehört habe und der ja auch im Finanz- und Rechtsausschuß vorgebracht wurde und der auch hier in Diskussionen geäußert wird, möchte ich vielleicht folgende Gedanken anführen:

Das österreichische Fernsehen verfügt gewiß über beträchtliche Einnahmen. Das österreichische Fernsehen wird aber auch, davon können wir überzeugt sein, für den Betrieb und Fernausbau, besonders der Außenstellen, sehr sehr erhebliche Auslagen zu bestreiten haben. Nun ist es so, daß die vertikale Gliederung unseres Staates es mit sich bringt, daß ein einwandfreier Fernsehempfang in allen Teilen unseres Bundesstaates eben nicht möglich sein wird und es ist daher auch in Steyr, das haben zahlreiche Klagen wie man hört von Fernseh-

teilnehmern ergeben, die Tatsache vorhanden, daß ein großer Teil der Bevölkerung über einen sehr schlechten Empfang klagt und zwar über einen schlechten Empfang, der nicht durch atmosphärische Störungen und ähnliche Dinge begründet sein wird, wie sie üblich sind, sondern eben auf Grund der Lage dieser Stadtgebiete.

Nun zu dem Einwand, daß eine solche Finanzierung nicht Angelegenheit der Stadt sein kann. Ich möchte aber das eine oder andere Beispiel anführen, das die Sache vielleicht doch in einer anderen Beleuchtung zeigt. Wir alle finanzieren die Bundestheater in Wien wie Burgtheater, Oper, die Museen usw. Bitte ich betone, ich möchte kein Werturteil abgeben. Ich möchte nicht unbedingt das Fernsehen mit diesen Einrichtungen vergleichen, aber wir haben herzlich wenig von diesen Einrichtungen. Wenn wir einmal nach Wien fahren, wir Provinzler, dann müssen wir erst einmal die Fahrtkosten dafür aufwenden und müssen von Glück reden, wenn wir irgendeinen Stehplatz ergattern. Aber wir zahlen für diese Einrichtungen mit und haben nichts davon. Oder, irgend ein Gebirgsbauer hat hoch oben seinen Hof und seine Kühe. Er erzeugt eine tadellose Milch, kann sie aber nicht an den Mann bringen, weil er keine Zufahrtswege zur Bahn usw. hat. Was bleibt da übrig? Es muß die Gemeinschaft eingreifen, muß ihm helfen, muß einen Güterweg errichten und eine Seilbahn, damit auch der Mann zu seinem Recht kommt. Obwohl man sagen könnte, was geht der da oben uns an. Er soll schauen wie er weiterwurstelt.

Nun zu dem Vorwurf, das Fernsehen wäre kulturell sagen wir uninteressant. Dazu wäre folgendes zu sagen:

Es gibt natürlich auch beim Fernsehen "Allesfresser", die anfangen in dem Augenblick wo die

Sendung beginnt, mit der Kinderstunde, mit der Fernsehküche, mit dem Sport, obwohl sie keine Kinder mehr sind, obwohl sie für den Sport gar nichts übrig haben, obwohl sie von der Küche nichts verstehen, außer die Frau zu kritisieren, wenn sie nicht gut kocht. Dennoch, sie schauen sich alles von A bis Z an. Man könnte so einen Menschen vergleichen mit einem, der, sagen wir, seinen Urlaub im Vorhinein bezahlt und dem dann das Essen absolut nicht paßt. Er will aber dem Wirt, dem er diese Summe bezahlt hat, ja nichts überlassen und verschlingt daher auch solche Dinge, gegen die er sonst eine Abneigung oder einen Widerwillen hat. Solche Fernseher gibt es. Sie sind aber, glaube ich, im Abnehmen begriffen und ich glaube, daß im Laufe der Zeit die Fernseher sich doch allmählich mit Überlegung ein Programm selbst auswählen, von dem gebotenen Programm meine ich, das, selbst wenn man einen sehr kritischen Maßstab anlegt, Bestand haben kann, das man anerkennen muß. Es ist nicht so, daß beim Fernsehen nur seichte Unterhaltung geboten wird, die auch ihre Berechtigung hat, sind wir ganz ehrlich. Es werden auch, das müssen wir zugeben, sehr sehr wertvolle Sendungen gebracht und es hängt davon ab, daß man sich selbst dazu erzieht, sich nur solche Sendungen anzusehen, die einem wirklich etwas bieten. Ich kann mir vorstellen, daß über das Fernsehen mancher Mensch vielleicht zum ersten Mal auf den Geschmack kommt, was überhaupt ein Schauspiel ist, was eine Oper ist oder daß er durch eine ganze Reihe von Sendungen tatsächlich seinen Horizont, sein Wissen, erweitern kann. Das zur Qualität des Fernsehens.

Ich möchte aber noch etwas sagen:

Wir finanzieren, wir unterstützen und fördern von der Gemeinde aus eine ganze Reihe von Bestrebun-

gen und Unternehmungen - ich betone wiederum, dies soll kein Werturteil sein -. Beispielsweise, wir subventionieren den Theaterbetrieb, wir geben Stipendien, wir haben eine Bibliothek errichtet, wir fördern den Sport mit erheblichen Mitteln und doch kommen alle diese Mittel immer wieder nur einer Gruppe zugute, denn ich kann mir vorstellen, daß es in Steyr eine ganze Reihe von Leuten gibt, die von allen diesen Förderungen nichts hat. Er hat kein Kind, das in Wien studiert, er geht nicht ins Theater, betreibt keinen Sport usw. Ich kann mir vorstellen, daß es Bürger gibt in unserer Stadt, die von all den Aufwendungen, die die Gemeinde für sie tätigt oder für die Bevölkerung tätigt, herzlich wenig haben, außer den heute schon kritisierten Gehsteigen, die bestimmt nicht überall ideal sind, außer der dort und da besseren Beleuchtung, daß es wirklich Menschen gibt, die von all dem was wir gewissen Gruppen zuwenden eigentlich gar nichts haben und ich kann mir vorstellen, daß unter diesen Menschen Fernseher sind. Ich glaube, das wäre vielleicht nun die Gelegenheit, auch für diese Gruppe Menschen etwas zu tun. Mit einem einmaligen Betrag von S 400 000. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, könnte man dies von der Gemeindevertretung aus verantworten. Eines ist sicher, das Fernsehen ist in einem rapiden Anwachsen begriffen.

Vielleicht darf ich da kurz zur Erklärung noch einige Auszüge aus dem Amtsbericht bringen:

Um für das gesamte Stadtgebiet einigermaßen zufriedenstellende Verhältnisse zu schaffen, erscheint der Bau einer Umsetzanlage erforderlich; diese garantiert eine Empfangslage, die bei entsprechenden Antennen einwandfreie Ergebnisse liefert. Für die Errichtung derartiger Anlagen stehen jedoch dem Fernsehen derzeit keine

finanziellen Mittel zur Verfügung. Diese müßten von örtlichen Interessenten, das heißt in unserem Falle von der Stadtgemeinde Steyr aufgebracht werden. Die Kosten werden auf keinen Fall mehr als S 400 000,-- betragen, können jedoch unter Umständen auch niedriger sein. Bei einer späteren Übernahme der Anlage als Definitivum durch das Österreichische Fernsehen werden unter Umständen brauchbare Teile des provisorischen Umsetzers zum Zeitwert (mindestens 20 % der Anschaffungskosten) abgelöst.

Um in absehbarer Zeit zu einer positiven Erledigung zu kommen, müßte wie folgt vorgegangen werden:

1. Bis Anfang Dezember 1962 wäre ein Beschluß der Gemeindevertretung herbeizuführen, die Errichtung dieser Umsetzanlage durch Beistellung der finanziellen Mittel in der allenfalls zu erwartenden Höhe von S 400 000,-- zu ermöglichen. Ein entsprechender Vertrag zwischen Österreichischem Rundfunk und Stadtgemeinde Steyr müßte abgeschlossen werden.

2. Bereits zu Beginn des Jahres 1963 werden dann vom Österreichischen Fernsehen die nötigen Feldmessungen in Steyr durchgeführt, die die Grundlage für die technische Ausrüstung und den Standort der vorgesehenen Anlage bilden. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Umsetzanlage auf dem Vorberg zum Damberg oberhalb der Porschevilla errichtet werden. Bei der Grundbeschaffung müßte die Stadtgemeinde Steyr behilflich sein.

3. Als Vertragsbedingung wäre aufzunehmen, daß die Anlage bis Ende 1963 in Betrieb genommen werden soll.

4. Der künftige Betrieb der Anlage erfolgt ausschließlich auf Kosten des Österreichischen Rundfunks und belastet die Stadtgemeinde Steyr nicht mehr. Es handelt sich also um eine

einmalige Ausgabe.

Der Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses an den Gemeinderat lautet:

11) K-6570/1962

Bau einer Umsetzanlage zwecks Verbesserung des Fernsehempfangsverhältnisse.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Bau einer Umsetzanlage zur Verbesserung des Fernsehempfanges in Steyr wird grundsätzlich unter der Bedingung zugestimmt, daß damit einem Großteil der Steyrer Bevölkerung ein Fernsehempfang ermöglicht oder verbessert wird.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünschen Sie zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort?

Bitte Herr Kollege Wagner!

GEMEINDERAT RUDOLF WAGNER:

Meine Fraktion ist der Meinung, daß der Bau dieser Umsetzanlage ausschließlich in den Aufgabenbereich der österreichischen Fernsehgesellschaft fällt, denn die Mittel die sie von den Teilnehmern - es sind dies monatlich S 50,-- , was einen Jahresbetrag von S 600,-- pro Teilnehmer ausmacht - hereinbekommen, sind derart bedeutend, daß sie selbst in der Lage sein müßten, ein derartiges Vorhaben auszuführen. Es kann also nicht Aufgabe der Gemeinde sein, für diesen Zweck Mittel zur Verfügung zu stellen. Meine Fraktion kann diesem Antrag daher nicht zustimmen.

STADTRAT EMIL SCHACHINGER:

Es ist zwar in der heutigen Sitzung über diesen Punkt schon sehr viel gesprochen worden und Herr Kollege Moser hat bereits einen Großteil

der Einwände, die auch meinem Vortrag zugrunde liegen, aufgezeigt. Nun, Herr Kollege Stadtrat Professor Radinger hat die undankbare Aufgabe, diesen Antrag hier vorzutragen. Es ist etwas schwierig, darüber zu sprechen.

Meine Damen und Herren, es handelt sich hier nicht darum, irgend einem Teil der Bevölkerung das Vergnügen des Fernsehens zu versagen, sondern es handelt sich nur einzig und allein darum, wer dieses Vorhaben zu finanzieren hat. Wir wissen, das Fernsehen hat einen ungeheuren Aufschwung genommen. Herr Professor Radinger hat uns das ja glänzend geschildert. Er hofft sogar, daß durch das Fernsehen vielleicht Abonnenten für die Steyrer Bücherei herangebildet werden usw. Das Fernsehen ist ein wunderbares Vergnügen für Pensionisten usw. und vielleicht auch sogar für die Jugend. Eines aber, meine Damen und Herren, müssen wir bedenken: Eine Gesellschaft, die, wie bereits erwähnt worden ist, über ungeheure Geldmittel verfügt, will diese Aufgabe, um ihren Kunden einen richtigen Empfang zu gewährleisten, auf die Gemeinde abwälzen. Herr Professor Radinger erinnert daran, daß ja auch der Bund, die Länder und die Gemeinden verschiedene Aufgaben zu erfüllen haben, daß wir die Bundestheater zu finanzieren haben, auch die Salzburger Festspiele und diese nur einmal im Jahr vielleicht besuchen können.

Da möchte ich darauf verweisen, daß diese Betriebe sowieso defizitäre Betriebe sind. Sie müssen also subventioniert werden. Auch das Steyrer Theater, weil sonst ja niemand da ist, um diese Betriebe zu erhalten.

Der Bauer, der da oben auf seinem Berghof sitzt und seine Butter nicht herunterbringt, der braucht einen Güterweg. Man kann doch von diesem armen Kleinbauern nicht verlangen, daß er sich vielleicht einige Ki-

lometer einen Weg baut. Das kann er nicht bezahlen und es muß daher finanziert werden.

Was anderes, meine Damen und Herren, ist es aber beim österreichischen Fernsehen. Es ist heute schon gesagt worden, daß die Sekunde 800 bis 1 000 Schilling kostet, die Minute also S 48 000,-- bis S 60 000 einbringt. Es ist nachgewiesen, daß täglich durch das Werbe-Fernsehen ein Betrag von S 250 000,-- eingeht, daß die Abonnenten täglich einen Betrag von S 550 000,-- dem österreichischen Fernsehen schenken. Das sind pro Tag summa summarum 800 000 Schilling. Der Fernseh- und der Rundfunkreferent der sozialistischen Partei in Wien, Herr Wilhelm Liwanec, hat in der vergangenen Woche in einem Vortrag auf den wunderbaren und günstigen Erfolg des österreichischen Fernsehens hingewiesen. Er hat erklärt, daß durch diesen unerwartet rasanten Aufschwung des Fernsehens das Budget bei den Fernsehgebühren bereits um 14 Millionen überschritten wurde und hat auch darauf hingewiesen, daß außerdem die erwarteten 71 Millionen, die das Werbefernsehen einbringen soll, mit Ende des Jahres um 30 % überschritten sind und mit einer Einnahme von 91 Millionen aus diesem Etat zu rechnen ist, das ergibt allein summa summarum ein neues unerwartetes Geld von 35 Millionen Schilling.

Meine Damen und Herren, es fragt sich, ob ein Betrieb, der so gut abschneidet, der ein Einkommensvolumen von ca. 300 Millionen hat, der sehr großzügig ist in der Honorarergänzung - sie wissen aus den Zeitungen, was ein Conférencier oder irgendwelche Spaßmacher für einen Abend gleich bekommen - nicht im Stande wäre, für die zehnt größte Stadt von Österreich um 400 000 Schilling diese Anlage zu bauen. Der richtige Weg ist, diese Teil-

nehmer des österreichischen Fernsehens zu erfassen, ihnen unsere Unterstützung angedeihen zu lassen und energisch beim österreichischen Fernsehen im Hinblick auf die phantastische Entwicklung für eine Abstellung dieser desolaten Zustände in Steyr einzutreten.

Ansonsten bitte Herr Professor Radinger, ist mir unbekannt, daß ein Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses oder des Stadtsenates vorliegt, weil wir uns.

ZWISCHENRUF BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER SCHANOVSKY:

Das hat er auch nicht gesagt!

STADTRAT EMIL SCHACHINGER:

..... in der letzten Stadt- bzw. Finanz- und Rechtsausschußsitzung über diesen Punkt nicht klar geworden sind und es wurde in dieser Sitzung auch kein Beschluß gefaßt.

STADTRAT PROFESSOR STEFAN RADINGER:

Ich glaube, bitte ich kann mich geirrt haben, daß ich eingangs erwähnt habe, daß dieses Problem sowohl heute, als auch in der Finanz- und Rechtsausschußsitzung behandelt worden ist.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Das ist auch nicht so frapierend!

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Es wurde zum Teil schon vorher genommen und ich möchte ebenfalls auf die mysteriöse Lage hinweisen. Vor Jahren, als noch einige Zehntausend Fernseher vorhanden waren,

bezahlte man monatlich S 50, --. Heute sind es einige Hunderttausend und wir bezahlen auch noch 50 Schilling, und die Anzahl der Fernsehapparatbesitzer wird weiterhin zunehmen. Zu diesem Punkt bin ich ebenfalls der Ansicht, daß es nicht nötig wäre, ein zweites Programm aufzubauen, da, wie der Herr Berichterstatter schon erwähnt hat, ohnehin Massenkonsum betrieben wird und man genügend Gutes finden würde, wenn man aus diesem einen Programm das Wesentliche herausholt. Man muß ja auch nicht täglich vor dem Fernsehschirm sitzen. Es würde dem Fernsehen wahrscheinlich besser tun, anstatt eines zweiten Programmes bzw. ein solches weiter auszubauen, eben eine Verbesserung der Empfangsverhältnisse durchzuführen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Bitte Herr Kollege Enge!

STADTRAT FRANZ ENGE:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Vielleicht darf ich auch einiges dazu sagen und zwar, ich glaube es herrscht da eine falsche Vorstellung. Es ist nicht das Fernsehen an die Stadt Steyr herangetreten, die Stadt soll, um den Fernsehempfang in Steyr zu verbessern, selbst einen Sender bauen, sondern ich möchte sehr eindeutig sagen, die ganze Entwicklung hat sich in umgekehrter Form vollzogen. Ganz kurz die Geschichte: Es haben sich einige Fernseher, die einen schlechten Empfang haben, unmittelbar an das Fernsehen gewandt. Sie haben dort natürlich die Antwort bekommen, ja, das Fernsehen hat ja an und für sich in seinem Programm den Ausbau der Zwischenstation für ganz Österreich geplant und dementsprechend wird auch vorgegangen. Auf das

hinauf hat sich diese Gruppe Menschen an den Magistrat gewandt. Nicht um, sagen wir, von der Stadt zu verlangen, daß sie einen Sender baut, sondern, daß die Stadt helfend, wie Herr Kollege Schachinger sagt, intervenierend, eingreift. Da von uns aus schwer feststellbar ist, wo wirklich ein schlechter Empfang und was ein objektiv bzw. subjektiv schlechter Empfang ist, das heißt, wer eine gute, wer eine schlechte Anlage hat, ist, erinnern Sie sich, im Amtsblatt eine Notiz erschienen, daß diejenigen, die in Steyr einen schlechten Fernsehempfang haben, schriftlich dem Kulturrat die bekanntgegeben sollen. Da sind, glaube ich, an die 200 Schreiben hereingekommen, in denen über den Empfang geklagt wurde. Was haben diese Schreiben für einen Sinn gehabt? Aus diesen Schreiben heraus hat man sehen können, wo eigentlich in Steyr ein schlechter Empfang ist. Es hat sich schon aus diesen Zuschriften herauskristallisiert, welche Stadtgebiete das sind. Auf das hinaus ist mit dem Fernsehen Verbindung aufgenommen worden und man hat gesagt, schafft hier in Steyr eine Erleichterung! Daraufhin haben die Fernsehleute folgendes gesagt und wir können uns über ihre gute oder schlechte, wahrscheinlich gute, Finanzlage so viel unterhalten wie wir wollen. Es gibt in Österreich sehr viele Gebiete, die einen noch schlechteren Empfang als wir in Steyr haben und die kommen, vom Fernsehen aus gesehen, vorerst daran, das heißt, daß bei einer normalen Entwicklung unser Gebiet vor 8 oder 10 Jahren mit einer Verbesserung von Seiten des Fernsehens nicht rechnen kann. Sie machen ja irgendwann etwas aber nicht zu dem Zeitpunkt zu dem wir es gerne möchten. Auf das hinaus ist die Frage aufgetaucht, wie könnte da abgeholfen werden? Es ist vielleicht auch das, obwohl es Kollege Radinger zum Schluß gesagt hat, nicht je-

dem ganz bewußt geworden, daß diese Station, die von der Fernsehkörperschaft errichtet wird, ein Provisorium ist, das heißt, jedem, der ein wenig technisches Verständnis hat, wird es einleuchten, daß man um 350 000 Schilling keinen Sender bauen kann. Das ist ein Provisorium und wird nach 3 oder 4 Jahren in einen echten Zwischensender, der dann Millionen kostet, vom Fernsehen umgebaut. Und noch eine technische Erläuterung: Diese Umsetzstation bekommt einen eigenen Kanal, daß sie nicht nur verstärkt ist, sondern durch einen eigenen Kanal - ich weiß nicht, wieviel Fernseher hier sind, die das verstehen - das ganze Stadtgebiet besendet wird, sodaß hier eine Verbesserung des ganzen Fernsehens zu erwarten ist. Ich sage es noch einmal, die Endstation ist der absolute, endgültige Sender, den das Fernsehen dann selbst auf eigene Kosten errichtet. Ich bin der Meinung, daß der Antrag, wie Kollege Radinger ihn verlesen hat, unser Gewissen beruhigt, denn es heißt darin ausdrücklich, daß unsere grundsätzliche Zustimmung für die Fernsehkörperschaft der Anlaß ist, Messungen durchzuführen. Wenn die Messungen so sind, daß wir alle mitsammen der Auffassung sind, daß gehört etwas gemacht, dann fassen wir erst den endgültigen Beschluß, auch wirklich zu bauen. Um diesen Beschluß würde ich Sie herzlich bitten.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Bitte Herr Stadtrat Schachinger!

STADTRAT EMIL SCHACHINGER:

Demnach ist es ja sehr einfach. Wir sind ja alle dafür, daß die Fernsehumsetzanlage gebaut wird, doch sind wir der Meinung, daß eine so reiche Gesellschaft dies nicht auf die be-

deutend schwächere Gemeinde Steyr abwälzen müßte. Aber trennen wir diesen Antrag! Fassen wir heute nur den Antrag, daß wir den Auftrag erteilen, diese Messungen in Steyr durchzuführen. Nachdem der Vorredner, Kollege Enge ja gesagt hat, daß wir uns darüber erst dann unterhalten werden, so können wir ja immer noch den 2. Beschluß fassen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Herr Kollege Moser hat sich vorher schon zum Wort gemeldet!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Ich möchte ohne jemandem nahe zu treten ganz offen sagen, daß meine Fraktion in dieser Angelegenheit in einer verzwickten Lage ist, doch mache ich kein Hehl daraus, daß ich mich in der Diskussion über eine fortschrittliche Sache lieber auf die Seite unserer sozialistischen Kollegen stelle als mit den Rechtsparteien auf einer Linie ziehen zu müssen. Aber die Sache an und für sich ist folgende: Ich habe das schon vorher in meiner Diskussion zum Budget gesagt. Es wurden Argumente verstärkt und wiederholt vorgebracht. Ich bin der Auffassung, Stadtrat Kollege Radinger hat sich wirklich bemüht uns diese Sache schmackhaft zu machen und hat verschiedene Vergleiche angeführt, aber Vergleiche hinken immer. Das weiß der Herr Stadtrat als Professor am besten und das Beispiel mit dem Milchbauern da droben funktioniert schon gar nicht.

(Allgemeines Gelächter).

Weiters ist es für den Milchbauern wirklich eine lebenswichtige Sache, daß die Allgemeinheit sich solidarisiert mit ihm, um ihm den Transport seiner Milch zu ermöglichen. Was

die Opern usw. anlangt, die zitiert wurden, hat Herr Kollege Schachinger schon die Antwort gegeben. Es gibt natürlich Einrichtungen im Staat, im Land und in der Gemeinde, die von der Allgemeinheit subventioniert und getragen werden müssen. Das ist schon klar, insbesondere dann, wenn es sich wie bei den zitierten Sportvereinen und ähnlichem wirklich um Vereinigungen handelt, die aus eigener Kraft nicht die Mittel aufbringen können. Es wurde aber jetzt neuerdings unterstrichen, so wie schon im Finanzausschuß, daß diese Gesellschaft über viele Mittel verfügt. Ich habe vor kurzem ein Kirchenblatt gelesen.....

VERSCHIEDENE ZWISCHENRUF:
Das ist nicht möglich!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:
Ich habe es da zum Beweis!
(Allgemeines Gelächter).

Die Gesellschaft ist finanziell vor dem Bankrott, steht da drinnen. Aber bitte, das schreibt man hauptsächlich um einen Sender errichten zu können und Beiträge zu sammeln. Nebenbei bemerkt, ein kleiner Ausflug. Grundsätzlich glaube ich, sollen wir uns sagen, daß wir den Fortschritt fördern. Aber ich bin der Meinung, daß wir den Antrag von heute zurückstellen sollen, daß tatsächlich die Messungen vorgenommen werden und wir dann nach Durchführung derselben immer noch darüber entscheiden können, denn ich glaube, die Anzahl jener Fernsehteilnehmer, die einen schlechten Empfang haben, dürfte nicht sehr hoch sein. Ich möchte mit aller Deutlichkeit sagen, daß man eine reiche Gesellschaft nicht mit Gemeindemitteln unterstützen soll, sondern es Sache der Händler und Teilnehmer wäre, diesbezüglich einen Druck auf die Gesellschaft auszuüben, daß sie das

Fernsehen so gestaltet, daß eben ein guter Empfang gewährleistet ist. Dies wäre, wie Kollege Enge gesagt hat, durch einen eigenen Sender, zu dem das umgebaut wird, möglich. In zehn Jahren werden wir vielleicht daran kommen, denn es gibt sicher Gebirgstäler, in denen der Empfang schlechter ist als in Steyr und die werden dann wahrscheinlich vorgezogen. Wir sind schon der Meinung, daß man derzeit die 400 000 Schilling für andere, bei der Budgetberatung vorgetragene dringendere Wünsche verwenden soll und diese vorerst durchführen. Später wenn das Projekt reifer ist, kann man dann neuerdings darüber diskutieren. Ob wir es dann beschließen werden, ist eine andere Frage. Vorläufig, glaube ich, soll man den Antrag von der Tagesordnung absetzen.

GEMEINDERAT FRANZ FRÜHAUF:
Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich möchte nur Herrn Kollegen Enge aufmerksam machen, wie es zu den Unterschriften kam. Ich bin selbst auf diesem Schreiben unterschrieben und habe auch das Schreiben des Herrn Bürgermeister bekommen, in dem er zum Ausdruck brachte - vor der Wahl - daß er sich sehr einsetzen wird, daß wir diesen Sender oder diesen Verstärker bekommen. Kollege Enge, ich muß Dich aufklären: Man ist von Wohnung zu Wohnung gegangen, um diese Unterschriften zu bekommen mit dem Bemerkten, daß wir, die Gemeinde, diese 400 000 Schilling, die jetzt im Voranschlag drinnen sind, vorschießen und vielleicht in Jahren oder in Monaten von dem Fernsehen wieder zurückbekommen. Man hat auch jedem Fernsehteilnehmer gesagt, auch ich habe mich auf dieses Bemerkten hin unterschrieben, daß die Stadtgemeinde keine Kosten trägt, sondern dies nur ein Voranschlag sein soll für das Fernsehen.

Warum nicht, wenn das für uns keine Last ist? Aber sobald es unserer Gemeinde zur Last fallen sollte, müßte ich mit dem schlechten Empfang zufrieden sein und könnte nicht die Zustimmung geben, daß für mich oder für noch einige, die einen schlechten Empfang haben, das Geld ausgegeben wird. Ich würde hier vorschlagen, das Geld doch anderweitig für Wohnbau oder andere soziale Zwecke zu verwenden.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:
Bitte Herr Kollege Schanovsky!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HANS SCHANOVSKY:
Sehr geehrter Gemeinderat!

Ich glaube, wir können kurz zusammenfassen. Es geht doch uns allen darum, einem Teil der Bevölkerung zu helfen. Zu helfen einer Gruppe, die eben einmal Fernsehempfänger sind. Ich verweise darauf, daß wir auch Bundesaufgaben schon erfüllen, nur um unserer Bevölkerung zu helfen. Es ist nicht Gemeindeaufgabe, eine Handelsakademie zu unterhalten. Wir haben uns verpflichtet, zehn Jahre diese Kosten, die Bundesaufgaben sind, zu tragen, um einem Teil der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, ihre Kinder an einer Handelsakademie studieren zu lassen. Nichts anderes ist es beim Fernsehen; hier soll einem Teil unserer Bevölkerung die Möglichkeit geboten werden, mit Unterstützung der Gemeinde einen besseren Fernsehempfang zu haben.

Ich bitte Sie, dies von diesem Gesichtspunkt aus zu beachten. Die sozialistische Fraktion wird dafür ihre Stimme abgeben.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:
GER:

Bitte Herr Gemeinderat Watzenböck!

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Ich möchte da ein Wort zum Schulwesen verlieren. Es ist hier doch so, daß alle Anstrengungen bisher nicht ausgereicht haben, vom Bundesbudget her die nötigen Mittel für die Hochschulen und verschiedene andere Schulen beizubringen. Hier ist es tatsächlich notwendig gewesen, daß sich Land und Städte einschalteten. Beim Fernsehen muß man wieder darauf zurückkommen, daß es hier nicht nötig ist, daß eine Hilfe von Seiten öffentlicher Körperschaften oder Gemeinden gegeben wird.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER JOSEF HOCHMAYR:

Bitte, darf ich dazu folgendes sagen: Ich glaube, das Wesen des ganzen Antrages heute ist, daß das Fernsehen veranlaßt wird, in Steyr Messungen durchzuführen....

VERSCHIEDENE ZWISCHENRUF:
Das sowieso!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER JOSEF HOCHMAYR:

....erstens einmal auf Grund des Antrages des Stadtrates Enge und des Stadtrates Radinger. Das ist einmal das Erste. Richtig ist das, was verschiedene Debattenredner aufgezeigt haben. Ich möchte es nicht wiederholen. Aber ich glaube doch, daß das österreichische Fernsehen auch ohne unserem Beschluß verpflichtet wäre, Messungen durchzuführen, damit wir wissen, wo ein schlechter Empfang ist. Dann glaube ich, wenn man sieht, daß so und so viele betroffen sind,

könnte man doch viel günstiger über diesen Punkt reden, zumal ja im außerordentlichen Haushalt die 400 000 Schilling als Ansatzpost aufscheinen. Ich glaube, das wäre doch ein goldener Mittelweg, daß man über diesen Punkt hinwegkäme.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Es liegt keine Wortmeldung mehr vor und ich darf somit ganz kurz zusammenfassen: Die sozialistische Fraktion, ich fasse die Diskussionsreden im wesentlichen zusammen, hat in ihrem Antrag, den ja Kollege Schanovsky jetzt im wesentlichen untermauert hat, zum Ausdruck gebracht, es soll die Umsetzstation gebaut werden. Voraussetzung ist, daß eine ausreichende Zahl von Fernsehempfängern erfaßt werden. Dazu ist notwendig, daß das Fernsehen in Steyr umfangreiche, eingehende Messungen vornimmt. Dann werden wir konkret abwägen, ob die Zahl jener Stadtteile und Bevölkerungsschichten ausreicht, um diesen endgültigen Beschluß zu fassen oder nicht. Auch das Fernsehen wird das Ergebnis der Messungen als Grundlage nehmen, ob es diesen Bau befürworten wird oder nicht. Wenn die Messungen negativer Art sein werden, sagt uns das Fernsehen, wir übernehmen den Betrieb dieser Anlage in Zukunft gar nicht und damit erübrigt sich der Bau derselben. Das kann also erst nach den Messungen, die zu Beginn des nächsten Jahres stattfinden werden, sein. Sie haben im wesentlichen ja mit dem Beschluß des Budgets die Ansatzpost für den Bau dieser Umsetzstation genehmigt. Ich bin der Meinung, daß wir heute nicht den Bau der Anlage als solche bestimmen, sondern nur die Grundsatzbereitschaft hiezu zum Ausdruck bringen, wenn die Bedingungen die ich angeführt habe, dann erfüllt werden sollen. Deckt sich

das ungefähr mit Ihrer Meinung?
Bitte Herr Gemeinderat Moser!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Herr Bürgermeister, wenn ich Ihre Ausführungen richtig verstanden habe, so ist die Schlußkonsequenz aus diesen Ausführungen, daß wir über den Punkt abstimmen lassen, nicht ganz richtig, sondern die Messungen sollen vorgenommen werden. Erst wenn die Messungen vorgenommen sind und zeigen, wie groß das Bedürfnis für Verbesserungen ist, dann soll man grundsätzlich über die Genehmigung dieser Summe abstimmen. Im allgemeinen hat sich der Steyrer Gemeinderat nie verschlossen, der Allgemeinheit zu dienen, wenn es notwendig war und ich bin der Meinung, daß wir heute nicht darüber abstimmen brauchen, denn es sollen ja nur die Messungen durchgeführt werden.

ZWISCHENRUF STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Das geht ja nicht!

GEMEINDERAT JOHANN EBMER:

Wer garantiert, daß, wenn sie heute Messungen machen oder einen Sender aufstellen, auch die ganze Stadt oder der Großteil der Stadt einen guten Empfang bekommt?

ZWISCHENRUF STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Blödsinn!

GEMEINDERAT JOHANN EBMER:

Die zwei Sender, die für uns in Frage kommen, stören sich ja gegenseitig und es ist eine Frage, ob das durch den Bau der Umsetzanlage behoben werden kann. Womöglich haben

wir dann einen schlechteren Empfang als jetzt.

STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Herr Bürgermeister, ich würde vorschlagen, daß, wenn die Abstimmung erfolgen soll, der Wortlaut des Antrages nicht geändert wird.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HANS SCHANOVSKY:

Jawohl!

GEMEINDERAT FRANZ FRÜHAUF:

Diesem Antrag kann man nicht zustimmen!

STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Bitte, lassen wir abstimmen über diesen Antrag!

STADTRAT PROF. STEFAN RADINGER:

Bitte der Antrag lautet: Es wird grundsätzlich zugestimmt unter der Voraussetzung, daß damit einem Großteil der Steyrer Bevölkerung ein Fernsehempfang ermöglicht bzw. dieser verbessert wird.

Dies ist der Wortlaut des Antrages.

STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Ich bitte, über diesen Antrag abstimmen zu lassen, denn sonst sitzen wir um 9 Uhr noch da.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Bitte Sie hörten den Antrag, den Herr Stadtrat Radinger und verschiedene Diskussionsredner untermauert haben. Wenn Sie der Meinung sind,

daß wir diese Vorgangsweise wählen sollen, so bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Die Gegenprobe? (12 Gegenstimmen - ÖVP und FPÖ; 2 Stimmenthaltungen - KLS).

STADTRAT EMIL SCHACHINGER:

Das ist kein ordnungsgemäßer Antrag, weil er nicht vom Finanz- und Rechtsausschuß kommt.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HANS SCHANOVSKY:

Der Finanz- und Rechtsausschuß hat doch nur beratende Stimme.

STADTRAT FRANZ ENGE:

Es wurde ja bereits über den Antrag abgestimmt!

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Es ist richtig, daß das Abstimmungsergebnis ausreicht, weil damit auch zum Ausdruck gebracht wird, daß dieser Antrag nicht im Finanz- und Rechtsausschuß sein müßte. Da er auf der Tagesordnung steht und gegen die vorliegende Tagesordnung niemand Einspruch erhoben hat, muß er der Beschlußfassung zugeführt werden. Man kann ihn ja auch als einen Dringlichkeitsantrag bezeichnen. Dies zu unserer Geschäftsordnung.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER JOSEF HOCHMAYR:

Bitte darf ich vielleicht dazu folgendes sagen: Ich erinnere mich an verschiedene Dringlichkeitsanträge, die wir seit 1951 versucht haben, weil wirklich keine Zeit mehr vorhanden war, zu stellen. Zu diesen Anträgen wurde immer gesagt, sie sind vorher einem Unterausschuß zuzuwei-

sen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Bitte, das trifft für jene Anträge zu, die nicht auf der Tagesordnung stehen. Wenn er auf der Tagesordnung steht, ist er kein Dringlichkeitsantrag. Ich glaube, ich kann die Debatte im wesentlichen abschließen. Es wurde ja darüber abgestimmt.

Bitte Herr Kollege Radinger zum 2. Antrag!

BERICHTERSTATTER PROF. STEFANZ RADINGER:

Meine Damen und Herren!

Wir sind vom Herrn Finanzreferenten darauf hingewiesen worden, daß eine fallende Tendenz im Steueraufkommen zu beobachten ist. Es besteht daher die Meinung, daß die Gemeinde auf eine Abgabe, die bisher noch nicht eingehoben wurde, fernerhin nicht verzichten kann.

Der Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses an den Gemeinderat lautet:

12) Gem-I-4410/1962

Einführung der Anzeigenabgabenordnung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des o. ö. Anzeigenabgabe-Gesetzes, LGBl. 17/52 in Verbindung mit der Verordnung der o. ö. Landesregierung vom 30. 6. 1952, LGBl. Nr. 37/52, wird die Anzeigenabgabeordnung für die Stadt Steyr laut Anlage genehmigt.

Der Wortlaut ist ja den Fraktionen zugegangen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Der Inhalt?

STADTRAT PROF. STEFAN RADINGER:

Der Inhalt bitte ist also folgender: Diese Abgabe betrifft jede erdenkliche Veröffentlichung und Verbreitung von.....

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Dies braucht nicht vorgelesen zu werden. Wünschen Sie hiezu das Wort?

Bitte Herr Kollege Schachinger!

STADTRAT EMIL SCHACHINGER: Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Wir waren eigentlich etwas überrascht, daß das Recht, eine Gebühr einzuheben, das seit dem 30. Juni 1952 besteht, erst jetzt in Steyr sozusagen wirksam werden soll und daß nach einer verhältnismäßig langen Zeit, während der wir auf diese 60 000 Schilling, die da eingebracht werden sollen, verzichten konnten, jetzt erst darauf zurückgegriffen wird. Bitte es stimmt, daß das Budget der Stadt Steyr etwas fallend ist. Ich glaube aber, daß bei einem Budget von 115 Millionen, so hoch wird es ca. wieder werden, ein Betrag von 60 000 Schilling absolut keine Rolle spielt. Es ist schon etwas sonderbar, daß man einen so langen Zeitraum hat vergehen lassen, ohne dieses alte Recht, hier eine Steuer einzuheben, in Anspruch zu nehmen. Es ist hier folgendes zu bedenken: Welches sind die positiven Ergebnisse dieses neuen Steuereinzugsgesetzes? Die 60 000 Schilling sind ein zweifellos lächerlicher Betrag im Verhältnis zum Budget. Die Negativen die davon betroffen werden, müssen wir trennen in die mittelbaren und in die unmittelbaren. Wen betrifft dieses Gesetz? Es betrifft alle die Inserate aufgeben, also in der Steyrer-Zeitung, im Amtsblatt, im Steyrer Geschäftskalender

oder in irgend einer Zeitschrift. Die Betroffenen sind die Wirtschaftstreibenden dieser Stadt, alle, die ein Inserat aufgeben. Sie wissen ja selbst, daß diese Inserate heute schon sehr kostspielig sind. Ein ganz kleines bescheidenes Inserat kostet 300 bis 400 Schilling. 10 % dazu macht eine absolute Verteuerung von 30 bis 40 Schilling aus.

Auf der anderen Seite stehen die unmittelbar Betroffenen. Dies sind die Drucker bzw. die Herausgeber dieser Zeitung oder Zeitschriften. Da müssen wir die wichtigsten Betriebe, hier das Amtsblatt, da die Steyrer-Zeitung, grundsätzlich trennen. Die Steyrer-Zeitung als ein öffentliches Organ sammelt Inserate, sie ist aber mit ihren Inserenten weiterhin gar nicht in irgendwelcher Verbindung, sie ist kein Auftraggeber für diese Leute, die hier Inserate aufgeben. Eine ganz andere Situation haben wir aber beim Amtsblatt. Hier besteht doch, seien wir ganz ehrlich, eine gewisse Verpflichtung aller jener, die mit der Gemeinde in irgendeiner Geschäftsverbindung stehen, in diesem Blatt zu inserieren. Es stimmt, die Gemeinde hat mit der Werbung nichts zu tun, sie hat dies einer Werbefirma übergeben, aber die handelt eben doch im Namen des Amtsblattes und sammelt Inserate. Es steht dieser Gewerbetreibende also nicht nur vor den Leuten, die er mit seinem Inserat werben will - das sind große Massen - er steht nach oben auch zu dem Herausgeber dieser Zeitung und der ist ein Unternehmen, der den Inserenten auch Aufträge erteilt. Das wäre der Standpunkt wie wir ihn klar sehen.

Und nun zur Kardinalfrage: Glauben Sie, meine Damen und Herren, daß es in diesem Zeitpunkt wirklich notwendig und auch populär wäre, eine neue Steuer einzuführen?

Wir wissen um die Bestrebung unseres Finanzministers, der in den letzten Jahren verschiedene Steuer-senkungen durchgeführt hat. Es gibt also nirgends eine Steuererhöhung! Nur die Stadt Steyr will jetzt eine neue Steuer einführen und Unwillen erregen bei all diesen Leuten, die ein Inserat aufgeben. Diese werden verbittert sein und es wird vielleicht so weit kommen, wie bei der seinerzeitigen Schaumweinsteuer, die man auch eingeführt bzw. erhöht hat, worauf dann der Umsatz um ein Beträchtliches zurückgegangen ist. Bedenken Sie, meine Damen und Herren, Inserate sind für den Geschäftstreibenden eine kostspielige Angelegenheit! Wenn heute der Werber zu einem solchen kommt und sagt, er muß noch einmal um 10 % mehr bezahlen, dann wird er dies wahrscheinlich zurückweisen. Bedenken Sie bitte eines, ob ausgerechnet die Gemeinde Steyr die Ausnahme machen soll, wenn schon seit Jahren keine Steuer eingeführt und keine Steuer erhöht worden ist, daß wir um einen an und für sich lächerlichen Betrag von 60 000 Schilling, diese moralische Belastung auf uns nehmen wollen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Bitte Herr Kollege Schanovsky!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HANS SCHANOVSKY:

Meine Damen und Herren!

Es geht nicht um die Einführung einer neuen Steuer oder um eine Einführung einer neuen Steuer in Steyr allein. Wir sind die letzten, die diese Steuer einheben, wo nur zwei Druckereien existieren. Andere Gemeinden, die keine Druckerei haben, brauchen das nicht. Aber wir werden ja ohnehin von allen Seiten als die reichste Stadt angesehen. Wenn ich nur wo

anklopfe und eine Bitte um einen Kostenbeitrag für das oder jenes stelle, so wird mir entgegengehalten, daß wir so reich sind, daß wir nicht einmal unsere Steuerquelle ausschöpfen. Es geht nicht um die 60 000 Schilling. Es geht um den Grundsatz, jede Steuer 100 %ig auszuschöpfen. Wen trifft es? Es trifft die, die Inserate aufgeben und damit eine 10 %ige Gebühr zu erstatten haben.

Meine Damen und Herren, jeder Gewerbetreibende setzt in seiner Bilanz seine Werbungskosten ab. Bei 60 000 Schilling im Jahr für den Betreffenden aufgeteilt ist das ein so kleiner Betrag, daß von einer Belastung gar nicht die Rede sein kann. Ich glaube, das werden Sie doch wirklich begreifen und daher aus grundsätzlichen Erwägungen dem Antrag Ihre Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Es liegt noch eine Wortmeldung vor. Bitte Herr Gemeinderat Watzenböck!

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Es ist in diesem Zusammenhang auch sehr interessant, daß im Amtsbericht kein Wort gesprochen wird über die Mehrarbeit die mit der Hereinbringung dieses relativ geringen Betrages verbunden ist. Es wird wohl erwähnt, daß das ohneweiters noch aufgenommen werden kann, ohne daß damit eine spürbare Mehrarbeit entsteht. Das klingt sehr merkwürdig, denn sonst hören wir dies bei jeder Gelegenheit anders. Personal-mangel usw. Ebenso interessant ist, daß man jetzt nach 10 Jahren darauf kommt. Genau zum jetzigen Zeitpunkt. Ein interessantes Zusammentreffen, daß der gleiche Antragsteller, Unterzeichner, kürzlich 60 000 Schilling

als Ausgabe für eine Kegelbahn anforderte und jetzt eine Steuer beantragt, die genau den gleichen Betrag von 60 000 Schilling als Einnahme ausmacht. Das ist sehr interessant. Man macht sich darüber Gedanken. Man hört da irgend etwas laufen. Darauf wollte ich nur hinweisen. (Allgemeines Gelächter).

Im übrigen sind wir der Ansicht, daß der Betrag im Verhältnis zum Aufwand so gering ist, daß unsere Fraktion diesem Antrag auch nicht zustimmen wird.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Bitte Herr Gemeinderat Kohout!

GEMEINDERAT FRIEDRICH KOHOUT:

Ich möchte nur die Anfrage richten, ob, wenn ich ein Inserat aufgebe, ich nicht sowieso eine 10 %ige Inseratenabgabe entrichten muß.

STADTRAT LEOPOLD PETERMAYR:

Jetzt kommen 10 % Ankündigungssteuer und 10 % Inseratenabgabe, das sind 20 %.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Bitte die Anfrage zu beantworten!

STADTRAT LEOPOLD PETERMAYR:

Sie ist ja schon beantwortet!

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Bitte Herr Gemeinderat Moser meldet sich zum Wort!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Bitte, für mich ist dies wieder eine komische Situation. (Allgemeines Gelächter).

ZWISCHENRUF STADTRAT BESEN-DORFER:

Er wird schon ganz festlich unser Kollege Moser!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

In der Finanz- und Rechtsausschußsitzung wurde dieser Antrag behandelt und der Herr Vizebürgermeister Hochmayr hat sich bemüht, mit Engelszungen so wie heute der Herr Kollege Schachinger, dagegen zu reden, zu begründen, warum er das als unangebracht findet. Dann wurde von Kollegen Gherbetz in seinen Ausführungen, der Herr Finanzreferent hat ungefähr dieselben Ausführungen gebracht wie jetzt, gesagt, "lieber Herr Vizebürgermeister, was regen Sie sich auf" - so ungefähr - "schauen Sie her, der Beitrag, gegen den Sie jetzt Sturm laufen, der wird ja schon lange eingehoben von der Steyrer Zeitung". Darauf war der Vizebürgermeister, verzeihen Sie mir den Ausdruck, mundtot, perplex - "das habe ich nicht gewußt" - worauf der Finanzreferent mit Recht gesagt hat, da könnte man eigentlich einen Rückstand aufholen; aber bitte, wir machen das nicht, wir sind vornehm, wir machen das erst ab 1963. Im Finanz- und Rechtsausschuß waren alle dafür inklusive des Herrn Vizebürgermeisters Hochmayr welcher weder ja noch nein gesagt hat, also dafür war, da er nicht dagegen gestimmt hat. Das wollte ich objektiverweise zur Information des gesamten Gemeinderates sagen. Unsere Fraktion wird für diese Abgabe stimmen. Darum habe ich vorher gesagt, lacht nicht zu früh.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER JOSEF HOCHMAYR:

Bitte darf ich dazu folgendes sagen: Es ist richtig, was Kollege Gemeinderat Moser gesagt hat. Mir wurde gesagt, die Steuer wird ja schon eingehoben. Darauf habe ich geantwortet, ja das müssen wir erheben, ich weiß es nicht. Ich konnte daher kein weiteres Argument bringen. Ich habe mich erkundigt und siehe da, es war ein Irrtum, denn was eingehoben wurde, ist nicht eine Anzeigenabgabe, sondern eine Ankündigungsabgabe. Diese wurde eingehoben. Mit der Anzeigenabgabe hat dies aber nicht zu tun. Und nun, bitte darf ich als Finanzbediensteter vielleicht noch folgendes zu bedenken geben: Der Finanzreferent hat richtig gesagt, schauen Sie, das ist eine Betriebsausgabe, die abgeschrieben wird. Meine sehr Verehrten, als Finanzbeamter weiß ich, daß der Gewerbeertrag für die Gewbesteuer ausschlaggebend ist. Je niedriger der Gewerbeertrag, desto niedriger die Gewbesteuer. Ich frage mich daher, bringt eine Abgabe oder eine Betriebsausgabe noch etwas, was auf der anderen Seite denselben Ertrag, nämlich die Gewbesteuer zu schmälern imstande ist? Das muß man hier bedenken. Dann frage ich mich auch als Finanzbeamter, wieso es denn möglich ist - dies ist bestimmt kein Angriff gegen irgendjemand - daß der der den Antrag gemacht hat, dies dabei nicht bedacht hat. Bitte, Abschreibungen bedeutet verminderter Gewerbeertrag. Wer inseriert denn? Doch nicht der kleine Mann, sondern die größeren Betriebe und bei denen macht es etwas aus und das bewirkt zweifellos eine verringerte Gewbesteuer.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Bitte Herr Kollege Watzenböck!

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Zur Aufklärung warum unsere Fraktion heute eine Stellungnahme abgibt, die sie im Finanz- und Rechtsausschuß nicht so deutlich abgegeben hat. Wir haben uns davon überzeugt und ich habe in der Steyrer-Zeitung Inserate ausheben lassen und habe von den 10 % nichts gefunden. Ich möchte das hier sehr klar sagen. Es wurden uns Äusserungen von verschiedener Seite zugebracht, die ein sehr bezeichnendes Licht auf diesen ganzen Vorgang hier werfen. Es sind gewisse Absichten damit verbunden. Ich möchte nicht näher darauf eingehen, denn das würde sehr ins Weite führen und ich müßte außerdem Beweise anführen, die ich nicht anführen möchte. Das hat uns auch bewogen, eine gewisse Änderung unserer Stellungnahme einzunehmen.

STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

Sie sollen hier keine Beschuldigungen aussprechen.

STADTRAT KARL GHERBETZ:

Herr Bürgermeister, es war folgendermaßen: Ich habe mich letzthin erkundigt und wenn ich gesagt habe, daß die Betreffenden bereits die Anzeigenabgabe einheben, so stimmt das nicht. Es war dies nur die Inseratenabgabe. Ich habe mich auch vergewissert durch Einsichtnahme in verschiedene Belege meiner Kollegen und dabei festgestellt, daß diese 10 % nicht die Anzeigenabgabe betrafen, sondern die Inseratensteuer. Daher sind wir zu dem Entschluß gekommen, daß wir diesem Antrag nicht unsere Zustimmung geben können.

(Unverständliche Zwischenrufe)

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER

TER HANS SCHANOVSKY:

Ich bitte, die Ankündigungsabgabe nicht mit der Inseratenabgabe zu verwechseln. Die Ankündigungsabgabe hat ja mit Inseraten überhaupt nichts zu tun. Herr Kollege Hochmayr, wir haben ja das Landesgesetz nicht gemacht. Ich bitte, Ihre Kritik doch beim Lande vorzubringen und nicht hier im Gemeinderat der Stadt Steyr. Ich schöpfe nur das Landesgesetz aus, das uns die Möglichkeit gibt.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Es liegt keine Wortmeldung mehr vor und wir kommen zur Beschlussfassung über diese Anzeigenabgabeordnung.

Wer für die Einführung, das heißt für das Inkrafttreten dieser Anzeigenabgabe stimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben. Danke.

Gegenprobe? Danke.
(12 Gegenstimmen - ÖVP - und FPÖ-Fraktion).

Wir kommen nun zum letzten Referenten. Bitte Herr Stadtrat Baumann!

BERICHTERSTATTER STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Meine Damen und Herren!

Ich habe Ihnen zwei Anträge des Stadtsenates vorzulesen und glaube, daß es hier zu keiner Diskussion kommt. Die Anträge betreffen Weihnachtsbeihilfen, die immer gegeben wurden und zwar für Sozialrentner und für Fürsorgebezieher. Für Sozialrentner wurde heuer das erste Mal wieder die Weihnachtszuwendung erhöht und zwar bekommt ein Rentenbezieher mit 1 080 Schilling 100 Schilling Zuschuß und wer 1 350 Schilling Rente bezieht, bekommt 60 Schilling.

Der Antrag des Stadtsenates lautet:

13) F 4669/1962

Unterstützung von besonders bedürftigen Sozialpensionisten und Kleinrentnern aus Mitteln der o. ö. Heimathilfe - Weihnachtssonderzuwendung 1962.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1) Der Durchführung einer Aktion zur Unterstützung besonders bedürftiger Sozialpensionisten und Kleinrentner zu Weihnachten 1962 mit einem Kostenaufwand von

S 148 000,--

nach Maßgabe des Amtsberichtes der Mag. Abt. V vom 2. 7. 1962, samt F 4669/62 wird zugestimmt. (Ergänzung vom 12. 9. 1962).

2) Hiezu werden

a) S 64 000,-- aus VP 449-54 (O. Ö. Heimathilfe) freigegeben und S 20 000 überplanmäßig bewilligt, Deckung durch Mehreinnahmen allg.

b) S 64 000,-- als überplanmäßige Ausgabe aus VP 449-53 (Sonderaktion) bewilligt, Deckung durch Mehreinnahmen bei den allg. Deckungsmitteln.

Ich möchte aber gleich bekanntgeben, daß hier wahrscheinlich ein Nachtrag kommt, weil wir schon über S 20 000,-- darüber sind.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Bitte wünschen Sie hiezu das Wort? Bitte Frau Gemeinderat Liebl!

GEMEINDERAT OTTILIE LIEBL:
Verehrter Gemeinderat!

Um in Zukunft Härten bei der Weihnachtssonderzuwendung zu vermeiden, möchte ich folgende Anregungen geben:

Es wird zweckdienlich sein, daß sich der Fürsorgeausschuß öfter als einmal im Jahr trifft und zwar deswegen, weil es eine große Anzahl von Pensionisten gibt, die bei keinem Bund organisiert sind, die

daher auch von dieser Zuwendung nichts erfahren. Meistens sind das Menschen mit einer Rente von 780 S., denen diese 100 Schilling Zuwendung sehr zugute käme. Außerdem ist noch eine Anzahl von alten Leuten, die überhaupt nicht im Genuß einer Rente sind, die weder eine Fürsorgeunterstützung haben, noch sonst irgendwo eine Zuwendung bekommen, außer daß die Kinder sie erhalten. Für diese Menschen möchte ich bitten und daher mein Antrag, in Zukunft uns öfter zu treffen, um diese Dinge zu besprechen, damit auch diese Menschen in den Genuß der Sonderzuwendung kommen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke.

STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Zu den Ausführungen möchte ich folgendes erklären:

Wenn es hier heißt, daß wir uns öfter treffen sollen, so bin ich der Meinung, daß der Fürsorgeausschuß, wenn es notwendig ist, ohnehin zusammenkommt. Ich möchte aber zu gleicher Zeit feststellen, daß, wenn hier gesagt wird, nur gewisse Rentenbezieher haben die Zuwendung erhalten, es nicht stimmt. Sämtliche Rentenbezieher, ob Kleinrentner oder andere, haben heuer die Zuwendung erhalten. Ich möchte auch folgendes sagen und ich glaube, Sie haben ja selbst Leute hinaufgeschickt, daß jeder, der kein Rentenbezieher oder bei keinem Rentnerbund oder -verband ist, im Fürsorgeamt aufgenommen worden ist und seine 100 Schilling respektive 60 Schilling bekommen hat. Wenn Sie mir einen Fall nennen können, der nichts bekommen hat, so würde ich Sie bitten, mir diese Personen hinauf zu schicken, da-

mit wir die Sache überprüfen.

Wenn Sie ausführen, Kollegin Liebl, daß es Leute gibt, die überhaupt keine Rente haben oder keine Fürsorge bekommen, so ist das wieder zurückzuführen auf das Landesgesetz, da entweder ein Elternteil oder die Kinder verpflichtet sind, nach dem Gesetz für die Eltern oder umgekehrt für die Kinder aufzukommen. Der Gemeinderat kann in solchen Fällen auch nicht beschließen, daß diese Personen eine Fürsorge bekommen. Das muß man schon feststellen. Das ist verankert und ich glaube, daß das nicht so einfach ist, wie man es sich vorstellt. Man kann aber solche Fälle, wie Sie sie anführen, jederzeit überprüfen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Bitte Herr Kollege Besendorfer!

STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

Ich möchte nur eine Bemerkung hiezu machen bezüglich mehr Sitzungen usw. Das setzt natürlich voraus - ganz bestimmt sind einige Anregungen hier, die wert sind im nächsten Jahr geprüft zu werden - aber das Vertrauen ist die Grundlage. Wenn wir von der 1. Sitzung weggehen und schon ein Schreiben in die Hand bekommen, in dem der Rentnerbund, der der Österreichischen Volkspartei nahesteht, an seine Mitglieder schreibt "wir haben Sie für 100 Schilling vorgeschlagen", so ist das mit den ärmsten Leuten nicht gerade ein anständiges politisches Geschäft. Das muß man dazu sagen. Bei mir sind einige Leute gewesen, die dieses Schreiben gehabt haben. Von der Gemeinde, durch Ihre Arbeit, durch unsere Arbeit wurde dieser Beschluß getätigt, aber was der Rentnerbund dabei zu tun hat, das weiß ich nicht.

Jene Rentner, die nicht organisiert sind, werden ja genau so angeschrieben. So etwas ist immer unangenehm. Ich bin in der Lage, Ihnen mehrere dieser Schreiben zu geben, auf die hinauf dann der Rentner gekommen ist und nicht gewußt hat, wohin er soll, weil er vom Rentnerbund angeschrieben wurde - wir geben Dir 100 S, hole Sie Dir am Fürsorgeamt. - Das ist keine anständige Arbeit; mit diesen armen Leuten soll man meiner Meinung nach kein politisches Geschäft machen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Bitte Frau Gemeinderat Liebl!

GEMEINDERAT OTTILIE LIEBL:

Herr Kollege Stadtrat Baumann bzw. Kollege Stadtrat Besendorfer!

Es stimmt, daß wir dieses Schreiben hinausgegeben haben. Ich möchte erklären, wieso dieses Schreiben zustande gekommen ist. Eine Anfrage, wann die Heimathilfe ausgegeben wird, hat gezeigt und ich verweise auf voriges Jahr, daß um den 13. Dezember die Mitglieder des Rentnerbundes die Auszahlung bekommen. Heuer - es war am Montag - und zwar bin ich von einem Mann aufmerksam gemacht worden vom Sozialverband, daß am Montag die Heimathilfe ausgegeben wird. Ein Anruf bei den zuständigen Herren, wann wir die Leute schicken können, brachte uns die Antwort, von Montag bis Freitag. Meine Antwort war, es tut mir leid, daß ich das so später erfahre. Was bleibt uns anderes übrig, als die Leute davon in Kenntnis zu setzen. Daher meine Anregung, in Zukunft, um nicht mit den alten Menschen Politik zu treiben, ein kurzer Vermerk im Amtsblatt, Leute mit dem Richtsatz 700, 1 000 oder 1 350 S haben sich in der Zeit von...

bis..... am Fürsorgeamt zu melden und können in den Genuß der Weihnachtszuwendung kommen. Ich verwahre mich gegen den Vorwurf, daß wir mit den Rentnern Politik betreiben.

STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Ich möchte den 2. Antrag vorlesen und zwar lautet dieser:

14) F 5954/1962

Gewährung einer Dezemberbeihilfe an Fürsorgeunterstützungsempfänger für 1962.

Antrag des Stadtsenates.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

An die Bezieher von Fürsorgeunterstützung in der offenen Fürsorge, einschließlich der Pflegekinder, ist zwischen dem 1. und 20. Dezember 1962 eine Beihilfe im folgenden Ausmaß auszuzahlen:

An Alleinstehende und Haushaltsvorstände bis zu	S 210,--
An Ehefrauen und erwachsene Haushaltsangehörige über 16 Jahre bis zu	S 100,--
An Kinder und Pflegekinder bis zu	S 65,--

Ich bitte auch hier um die Annahme.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünschen Sie hiezu das Wort? Es liegen beide Anträge zur Beschlußfassung vor. Wünscht jemand zu diesen Anträgen das Wort? Dies ist nicht der Fall und die Tagesordnung ist somit erschöpft.

Verehrte Damen und Herren!

Erlauben Sie mir ganz kurz noch auf den Beginn der heutigen Sitzung zurückzukommen. Wir haben das Budget beschlossen. Die Diskussionsredner zu diesem Budget haben eine Liste

von mehr oder weniger gewichtigen Dingen zum Vortrag gebracht, die noch in Zukunft zu tun sein werden. Ich könnte Ihnen einen Katalog solcher Wünsche und solcher Notwendigkeiten hier vortragen. Wir haben in der Vergangenheit Jahr für Jahr positive Arbeit in der Gemeindestube geleistet. Wir haben einen Wunsch, ein Problem, nach dem andereng gelöst und wir mußten dabei erleben, daß neben jedem gelösten Problem sofort wieder ein neues noch offenes Problem aufstand und die Liste unserer unerfüllten Forderungen, unserer unerfüllten Notwendigkeiten wurde immer wieder damit ausgefüllt. Eine Voraussetzung müssen wir erfüllen, so wie in den Vorjahren, gemeinsam an die Bewältigung der uns gestellten noch offenen Probleme und Arbeiten heranzugehen. Dann wird auch das Jahr 1963 ein erfolgreiches werden. Daß

das Jahr 1962 ein erfolgreiches war, glaube ich, können wir feststellen und ich darf Ihnen dafür danken. Ich will aber die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, auch den Beschäftigten, den Bediensteten der Gemeinde den Dank, unseren Dank, zu übermitteln. Sie haben, ganz gleichgültig an welcher Stelle, in welcher Position sie arbeiten, es erst ermöglicht, daß unsere Beschlüsse auch verwirklicht werden konnten.

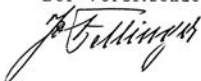
Erlauben Sie mir in diesem Sinne die heutige Sitzung und damit auch das abgelaufene Arbeitsjahr abzuschließen.

Ihnen allen recht frohe Weihnachten und uns allen ein recht erfolgreiches Neues Jahr!

(Allgemeiner Applaus)

Ende der Sitzung: 20,45 Uhr.

Der Vorsitzende:



Die Protokollführer:

cupa B. Sch
Hse. Khamberger

Die Protokollprüfer:

